

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Der außerordentliche Verbandstag. — Ein Tarifbruch und seine „Rechtfertigung“. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Aus Frankreich. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Beihilfswesen. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschuss, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung: Unerlässliche Sachverständige bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Das billige Haus.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Hannover, den 31. August.

Der außerordentliche Verbandstag wurde am gestrigen Sonntag eröffnet. In dem mit Emblemen und Sinsprüchen festlich geschmückten geräumigen Saale des „Lindenhof“, von dessen Bühne herab die Schwalbische Hüfte der Freiheit auf die Teilnehmer herabschaute, hatten sich schon am Nachmittag zahlreiche Gäste eingefunden. Die Zahl der Delegierten beträgt 282.

Gegen 7 1/2 Uhr, nachdem der vom Massendorfer Freien Sänger vorgetragene Buhrische Festgruß verklungen war, ergreift

Meißner-Hannover das Wort, um im Namen des Lokalkomitees den Verbandstag willkommen zu heißen. Redner gab einen kurzen Ueberblick über die Geschichte der Maurerbewegung in Hannover und wies auf die dem Verbandstag bevorstehenden Aufgaben hin. Donnernd durchbrauste das dreimalige Gock auf die Klassenbewusste Arbeiterbewegung und den Zentralverband der Maurer, mit dem er seine Ansprache schloß und in welches die Anwesenden begeistert einstimmten, durch den Saal.

Hierauf bestieg der Verbandsvorsitzende Bömelburg das Rednerpult, um den Delegierten und Gästen in zu Herzen gehender Weise die Bedeutung des diesmaligen Verbandstages vor Augen zu führen. Es handelt sich darum, angesichts der außerordentlichen Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Das Unternehmertum hat die Zeit für gekommen gehalten, einen großen Schlag gegen die Arbeiterorganisationen des Baugewerbes auszuführen. Der Maurerverband im Verein mit den Bruderverbänden hat eine Bewegung hinter sich, wie sie an Umfang und Bedeutung fast einzig dasteht. Die Bewegung konnte aber nicht geführt werden ohne taktische Maßnahmen, die etwas abweichen von den bisher gebräuchlichen, und daraus hat sich eine kleine Verstimmung ergeben, die es notwendig erscheinen läßt, daß die Leitung des Verbandes über ihr Tun und Lassen Rechenschaft ablegt. Weiter handelt es sich darum, neue Richtlinien für die zukünftigen Arbeiten zu schaffen. Der zukünftige Geschichtsschreiber der deutschen Maurerbewegung wird wahrscheinlich konstatieren müssen, daß der diesmalige Verbandstag eine der bedeutungsvollsten Tagungen des Verbandes gewesen sei.

Die beiden Städte Hannover und Linden sind von großer Bedeutung für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Hannover hat seit vielen Jahren ununterbrochen einen Arbeiter als Vertreter in den Reichstag entsandt und Linden hat die Ehre — abgesehen von Berlin — den ersten Sozialdemokraten für den preussischen Landtag gewählt zu haben. (Stürmischer Beifall). Aber auch für die Bewegung im Baugewerbe ist vornehmlich Hannover sehr bedeutend, die Bauarbeiter Hannovers haben reger Anteil an allen Bestrebungen zur Hebung der Lage ihrer Berufscollegen

genommen. Als es zu Anfang der 80er Jahre möglich war, von neuem an den Ausbau der Organisationen zu gehen, da hat Hannover an erster Stelle gestanden, wie wir es auch in der jetzigen Periode der Maurerbewegung wieder an der Spitze finden. Allerdings hat es jahrelanger Arbeit bedurft, ehe es soweit gekommen ist. Im Herbst 1899 hat die Zahl der organisierten Maurer Hannovers sich erst auf 715 belaufen, heute beträgt sie über 3000. Die Berufscollegen haben von der Organisation auch nur Vorteil gehabt; der Stundenlohn ist von 28 A im Jahre 1885 auf 42 A im Jahre 1895 und dann weiter auf 62 1/2 A gestiegen, die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/4 Stunden gesunken. Besonders Anteil an der Bewegung hat Albert Paul genommen, einer der Senioren, dessen Name einen guten Klang hat, und der erfreulicherweise heute unter den Anwesenden weilt (Beifall). Redner benutzte die Gelegenheit, angesichts der Delegierten aus dem ganzen Lande dem Kollegen Paul für sein Wirken herzlichsten Dank auszusprechen. (Lebh. Beifall).

Die Zukunft stellt an die Organisation ungeheure Aufgaben. Eine gewaltige Krisis durchweht das gesamte Wirtschaftsleben und erschwert den Arbeitern ihren Kampf. Die Organisationen der Unternehmer rüsten sich, um zum Schlage gegen die Arbeiterorganisationen auszuholen. Daher muß die Parole lauten: Einig sein und rüsten zum Kampf! Auch die Frauen sind verpflichtet, den Männern im Kampfe beizustehen. Es gilt das feierliche Gelöbnis abzulegen: Treu und fest auszuharren am Wettenbau der schaffenden Arbeit, nicht zu wanken, nicht zu zittern und zu zagen, selbst nicht im Augenblick der größten Gefahr. Wenn die Delegierten von ihrer Aufgabe durchdrungen sind, dann wird der Verbandstag gegenwärtige Arbeit verrichten. (Lebhafter Beifall).

Von stürmischem Beifall begrüßt, richtete sodann Albert Paul Worte des Dankes für die ihm zu teil gewordene Anerkennung an den Verbandstag. Er hat, niemals zu vergessen, daß nur in der gemeinsamen Arbeit die Kraft liegt, wie es schon in dem alten Richtspruch heißt:

Nicht nur, wer oben auf
Esset des Daches Rinnen
Oder der Säulen Knauf,
Soll Lob und Dank gewinnen.
Gelobet soll jeder sein,
Der da, groß oder klein,
Arbeitet am höchsten Dache
Oder im tiefsten Gewölbe.
Denn wenn der nicht käme mit dem Sand
Und Jener nicht mit dem Kalle,
So stände nicht diese Wand
Und läge nicht jener Balken.
Aus dem Kleinen legt
Sich Großes zusammen zuletzt,
Und keiner darf fehlen von allen,
Wenn nicht das Ganze soll fallen.

Der Verbandstag konstituierte sich sodann und wählte Barnhorst-Hannover, Silber Schmidt-Berlin und Bömelburg zu Vorsitzenden, Borgmann-Bremen, Dege-Hagen, Meißner-Hannover, Grünhagen-Danzig, Thöns-Berlin und Ziegler-Nürnberg zu Schriftführern.

Von ausländischen Gästen sind bisher eingetroffen: Franz Siegel-Wien, Achterberg-Amsterdamm, Garbay und Bokan-Budapest. Erwartet werden noch Kämpfer-Basel und Duaglinio-Turin.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am Montag mit der Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, des Kassierers, des Ausschusses und der Redaktion des „Grundstein“.

Ein Tarifbruch und seine „Rechtfertigung“.

Schon in Nr. 33 des „Grundstein“ berichteten wir über recht sonderbare Vorgänge im Kieler Plattenlegergewerbe. Es wurde gemeldet, daß die dortigen Unternehmer des Plattenlegergewerbes der vertraglich eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich des Lohnes überdrüssig geworden seien und versuchten, bedeutend geringere Lohnsätze einzuführen. Den Widerspruch der geschädigten Arbeiter beachteten sie nicht, und sie ließen es sogar zum offenen Konflikt, zur Sperre einzelner Geschäfte kommen; aber auch das vermochte sie nicht zur Umkehr zu bewegen. Dies Verhalten der Kieler Plattenlegergeschäfte ist ein offener und bewußter Tarifbruch.

Der heute in Kiel gültige Tarif für das Plattenlegergewerbe wurde am 7. Mai 1906 ohne jeglichen Kampf, lediglich durch Verhandlungen, abgeschlossen, mit der Maßgabe, daß er bis zum 15. Mai 1908 Gültigkeit habe, jedoch dann, wenn er bis dahin von keiner Seite kündigt würde, stillschweigend auf ein Jahr weiterläufe. Diese Kündigung ist nicht erfolgt, weder von den Plattenlegern noch von den Unternehmern, so daß der Vertrag also ohne jeden Zweifel zu Recht besteht. Der Vertrag ist damals mit den Beauftragten der Unternehmerorganisation abgeschlossen und unterzeichnet worden. Nachdem dies geschehen war, erkannten auch die außerhalb der Organisation stehenden Plattenlegergeschäfte den Vertrag ausdrücklich an. Diese Tatsachen schlagen jeden Zweifel an der Gültigkeit des Vertrages nieder. Nun hat sich später eine neue Organisation der Kieler Plattenlegergeschäfte gebildet, die heute auch Leute zu ihren Mitgliedern zählt, die vor dem Mitglieder in der Organisation waren, die den Vertrag mit den Arbeitern vereinbarte. Diese neue Organisation gehört dem allgemeinen Arbeitgeberverband der Plattenlegergeschäfte an, dessen Sitz in Essen a. d. R. ist, und diese Unternehmer stellten nun das Verlangen nach Verhandlungen über einen neu abzuschließenden Vertrag. Die Kieler Plattenleger waren entgegenkommend genug, sich zu Verhandlungen bereit zu erklären, nur stellten sie die eine nach der Rechtslage und nach dem Schiedsspruch in der Lohnbewegung im Baugewerbe selbstverständliche Bedingung, daß irgendwelche Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eintreten dürften. Jetzt mußten die Unternehmer Farbe bekennen, und sie taten es, indem sie durch den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Kiel, Zimmermeister Frauen (nicht Trauen, wie es in voriger Nummer hieß), einen Brief schreiben ließen, worin sie diese Bedingung ablehnten und auf Verhandlungen verzichteten. Was die Kieler Plattenlegergeschäfte haben nun tun werden, geht aus dem in Nr. 35 des „Grundstein“ abgedruckten Briefe klar hervor: sie werden den Vertragsbruch aufrechterhalten und werden versuchen, die Kieler Plattenleger, die unter diesen Umständen die Arbeit einstellen, durch auswärtige Arbeitswillige zu ersetzen. Das ist dann also der offene Kampf, angestiftet von den Plattenlegergeschäftsinhabern durch bewußten Bruch des zu Recht bestehenden Tarifvertrages.

Was die Unternehmer zur Begründung oder besser zur Entschuldigung ihres Verhaltens anführen, kennen wir durch den schon erwähnten Brief, den der Vorsitzende des lokalen Arbeitgeberverbandes in Kiel an die Leitung der Kieler Plattenleger geschrieben hat. Wir haben natürlich unter den vorliegenden Umständen gar keine Ursache, die Einwände zu berücksichtigen, die auf die faule Geschäftslage und auf die Konkurrenzschwierigkeiten hinweisen, die der Durchführung des Vertrages entgegenstehen sollen. Sachlich sind wie

darin der Meinung, daß diese Verhältnisse teilweise vorhanden sind, daß sie aber von den vertragsbrüchigen Kieler Unternehmern in tendenziöser Weise vergrößert und verallgemeinert werden, um damit ihren flagranten Rechtsbruch als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, als eine Erlösungsfrage für sie hinzustellen. Von den Arbeitern verlangt man, daß sie darauf Rücksicht nehmen sollen; als unsere Kollegen aber im vorigen Jahre in vielen Städten um Lohnerhöhungen anhielten, um die durch die Preissteigerung für Lebensmittel herbeigeführte Verschlechterung ihrer Lage auszugleichen, da wurden sie in neunundneunzig von hundert Fällen auf den Vertrag verwiesen, der sie zwang, sich mit den gezahlten Löhnen zufriedenzugeben. Sie taten es, und keinem von ihnen ist damals eingefallen, die bestehenden Verträge anzufassen; weder die Kollegen noch wir hätten gewagt, darin ein Recht zum Vertragsbruch zu sehen. Die Unternehmer hatten das formelle Recht für sich, und wir mußten uns selbstverständlich fügen. Diese Begründung der Plattengeschäftsinhaber kann damit als abgetan gelten.

Anders ist es aber mit dem Einwande, daß der „Lohnstarif“, wie sie den Vertrag nennen, den Arbeitgebern aufgezungen worden sei. Das ist, wenn es eine Rechtfertigung des Vertragsbruches sein soll, eine sehr wichtige Meinungsäußerung, um so wichtiger, als sie von Unternehmern herührt. Wenn dies auch die Auffassung des Arbeitgeberbundes wäre, so wären damit Verträge überhaupt nicht mehr möglich. Dann wäre es jeder Partei in die Hand gegeben, zu geeigneter Zeit zu sagen, der Vertrag sei ihr aufgezwungen worden, und sie sei daran nicht mehr gebunden; denn wenn dieser Grundsatz einmal gelten soll, dann gilt er selbstverständlich auch für die Arbeiter. Man denke an die Folgen, die eintreten würden, wenn man diesen von den vertragsbrüchigen Kieler Unternehmern aufgestellten Grundsatz als berechtigt anerkennt; er könnte auf die meisten Verträge angewandt werden. Denn stets wird bei Vertragsgeschleusen eine Partei nur gezwungen aufzutreten. Zu dieser Zwangslage gehört nicht einmal notwendigerweise ein Streik oder eine Aussperrung; schon die Androhung, ja die einfache Möglichkeit eines Streiks oder einer Aussperrung kann eine der Parteien einen Zwang bedeuten, der sie zwingt, Verträge einzugehen, die sie als eine lästige Fessel empfinden muß. Und dann wäre sie, nach dem Grundsatz des Kieler Arbeitgeberverbandes, berechtigt, bei erster besser Gelegenheit zu sagen: So, nun spiele ich nicht mehr mit; jetzt einen anderen Vertrag her, und wenn nicht gutwillig, dann mit Gewalt! So könnte man dann handeln.

Die Ausrufung ist aber auch zur Beurteilung der Rechtslage außerordentlich wichtig. Die Unternehmer lassen durch ihren Wortführer also erklären, der Vertrag sei ihnen aufgezwungen worden. In diesem Einwand liegt das Zugeständnis, daß tatsächlich ein Vertrag

bestanden hat; denn wenn sich die Unternehmer nicht gebunden fühlen, so hätten sie nicht nötig, zu versuchen, sich mit der sonderbaren Ausrede vom Aufzwingen des Vertrages zu lösen. Man kann nicht sagen, der Vertrag ist uns aufgezwungen, wenn gar kein Vertrag vorhanden ist. Die Unternehmer wissen sehr wohl, daß der Vertrag in aller Form Rechtens besteht, eben darum nehmen sie zu der angeblichen Zwangslage ihre Zuflucht. Wie wir schon gezeigt haben, ist dieser Einwand ganz unzulässig; aber unbeschadet dieser unserer grundsätzlichen Auffassung weisen wir darauf hin, daß gerade hier keine unmittelbare Zwangslage bestanden hat. Der Vertrag ist in vollem Frieden zu Stande gekommen; seine Hand hat deswegen gefeiert. Dadurch kennzeichnet sich die Rechtfertigung des Vertragsbruches als ein Verlegenheitsgestammel, zu dem man die Motive aus allen Ecken zusammengepickt hat.

Das Vorschützen der Zwangslage bei Abschluß des Vertrages macht sich nun besonders schön im Munde von Kieler Unternehmern. Diese sollten doch wohl wissen, wie man seinem Gegner Verträge aufzwingt; denn sie haben doch eifrige Übung darin. Ist etwa der jetzt im Kieler Baugewerbe bestehende Vertrag den Arbeitern nicht aufgezwungen, in des Wortes schlimmster Bedeutung aufgezwungen worden? Was würden die Kieler Unternehmer sagen, wenn die Arbeiter eines Tages erklärt hätten, jetzt haben wir den uns aufgezwungenen Vertrag satt, jetzt holen wir uns einen anderen? Gelegenheiten hätten sie doch schon dazu gehabt!

Es ist klar, daß die Einführung solcher Grundsätze die reine Anarchie im Gewerbe bedeuten würde, die weder den Arbeitern noch den Unternehmern nützte. Eine mehr als zehnjährige Arbeit der baugewerblichen Organisationen auf dem Gebiete des Tarifwesens wäre damit vernichtet. Darum haben beide Organisationen, die der Arbeiter wie die der Unternehmer, ein großes Interesse daran, solchen Grundsätzen die Tür zu sperren, und wir erwarten von der zuständigen Stelle der Unternehmerorganisation, daß sie ihre Leute in Kiel energisch zur Ordnung ruft.

Der Vorgang in Kiel steht selber nicht vereinzelt da. Während des Frühjahrss kamen von vielen Orten Klagen, daß die Unternehmer sich weigerten, die in den Verträgen festgelegten Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, oder auch die bestehenden vertraglichen Lohnsätze weiter zu zahlen. Es wird sich Gelegenheit bieten, das alles noch einmal gründlich zu besprechen. Es sind das Beweise, wie wenig der dem Vertragsverhältnis zu Grunde liegende Gedanke der Gleichberechtigung beider Teile die alte Auffassung verdrängt hat, daß der „Arbeitgeber“ von der Vorsehung sozusagen dazu berufen sei, alles nach seinem Willen einzurichten. Das ist ein schweres Hindernis für das Zusammenwirken der beiderseitigen Organisationen in der Tariffache. Vor einiger Zeit war man auf Unter-

nehmerseite eifrig am Werke, angebliche Verstöße der Arbeiter gegen vertragliche Bestimmungen aufzuspüren, um sie der Öffentlichkeit in tendenziöser Aufmachung zu unterbreiten. Das Ergebnis der vielen Mühe war für uns sehr ehrenvoll; keinen Fall konnte man anführen, wo sich unsere Organisationen des Vertragsbruches schuldig gemacht hätten. Das war selbstverständlich; denn stets war es ein unantastbarer Grundsatz bei uns, eingegangene Verpflichtungen streng zu halten. Wollten wir jetzt mit gleicher Münze zahlen, wollten wir jetzt alle die Fälle anführen, wo nicht einzelne Unternehmer, sondern ganze Ortsverbände die Verträge gebrochen oder zu brechen versucht haben, so würde die Unternehmerorganisation nicht sehr gut dabei fortkommen.

Das ist in gewisser Hinsicht erklärlich; denn nach unserer Auffassung wird von den Unternehmerorganisationen viel zu wenig getan, um das Pflichtgefühl der Mitglieder zu schärfen. Wir erinnern an den Tarifbruch des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes im Jahre 1905; wo war da ein Unternehmerblatt, das die Unantastbarkeit abgeschlossener Verträge betont hätte? Kein einziges von den maßgebenden Unternehmerblättern, weder die „Baugewerks-Zeitung“, noch das „Zentralblatt“, noch irgend ein anderes Organ des Arbeitgeberbundes, hat sich auch nur zu einem leisen Tadel aufgezwungen. Und so ist es bisher stets gewesen. Wir sind gespannt, was man zu dem Falle in Kiel sagen wird. Wird man sich die Grundsätze, die dort verkündet werden, zu eigen machen? Hoffentlich wird man es nicht tun, sondern wird dafür eintreten, daß auch die Unternehmerorganisationen dieselbe unverrückbare Vertragstreue halten, wie es die Arbeiterorganisationen tun; denn wenn irgendwo Trenn und Glauben nötig ist, dann im Tarifwesen, das sich auf nichts weiter stützen kann als auf die strengste Redlichkeit beider Teile.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der internationale Verkehrsdrang bei der Schifffahrt und auf den Eisenbahnen. — Die Lage der Textilgewerbe und der drohende Lohnkonflikt in England.

Der wirtschaftliche Niedergang trifft diesmal, wie es scheint, die großen Transporthäfen des inneren und des internationalen Verkehrs besonders heftig.

Die Schifffahrt litt, wie wir schon mehrfach schilderten, bereits vor dem amerikanischen Zusammenbruch unter dem Lebensangebot von Schiffsaum. Die fast allgemeine Störung in den überseeischen Verbindungen, mit Amerika an der Spitze, steigerte die Verlegenheiten rasch. Der Personentransport fand eine Zeitlang in der unerhörten starken Rückwanderung einen gewissen Ausgleich für das dauernde Aufnahmehindernis der Auswanderung; doch ist das selbstverständlich nur vorübergehend. An dem Geschäftsbefahren der großen Meeresrouten treten nun deutlich zwei Strömungen zu Tage: teils sucht man durch gegenseitige Vereinbarungen einen Konkurrenzkampf auf Tod und Leben vorzubeugen, teils sucht der eine Teil in das Gebiet des anderen vorzudringen, um sich einen gewissen Transporthaus, freilich auf Kosten des lieben kapitalistischen

Das billige Haus.

Der von uns bereits besprochene Baueinkauf in Charlottenburg hat die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf die spekulative Gewissenslosigkeit, die im Bauwesen Platz gegriffen hat, gelenkt. Bauunternehmer und Bauleiter wollen möglichst viel profitieren. Das schlechteste Material wird verwandt in Verbindung mit der frivollen Affordamurerei; Rücksicht auf solide Konstruktion, Veranlassungen werden nicht genommen.

Es liegt hier eine Erscheinung vor, die wie eine Epidemie hauptsächlich die Großstadt überfällt und um sich greift. Das „Berliner Tageblatt“ stellt eine Betrachtung über die Entwicklung des Grundbauwesens in Berlin seit dem Ende der sechziger Jahre an. Damals entstand der massenhafte Schnellbau billiger Brunnhäuser auf der Basis des Grundbauwesens. Terrängesellschaften bildeten sich über Nacht, gaben Aktien aus, bauten, fallierten; die Käufer blieben im Rohbau stehen, bis neue Kapitalisten sie um lächerlich kleine Summen erwarben. Die tollsten Hypothekenschiebungen spukten aus dieser Zeit noch in der Erinnerung. Nur wenige ahnten damals die unumschränkte suggestive Macht des berühmten „Zuges nach dem Westen“. Jene dielen, die weniger seine Instanzen für wirtschaftliche Massenbewegungen hatten, verloren mit all ihrem Verstand von festem Grund und Boden ihr Vermögen. Verdrängt ist die Geschichte von Groß-Sichterfeld. Das gesamte Terrain gehörte einem alten Major, der um jeden Preis an die Zukunft der Gegend als Villenort glauben wollte. Er baute Häuser, baute die erste Straßenbahn nach Sichterfeld — alles erschien erfolgreich. Zuletzt war er froh, als der Fiskus ihn von seinen drückenden Verpflichtungen befreite und ihm das Terrain abnahm — ohne einen Pfennig dafür zu bezahlen. Heute ist Groß-Sichterfeld ein blühendes Gemeinwesen. Der alte Mann starb in völliger Armut. Eine andere seltsame Spekulationsgeschichte war der Eisenbahnkönig Strousberg, von dessen Bauwesen ganz Berlin sprach. Der große Bauführer kam. Strousbergs Palast ist schon seit Jahren ein Hotel, und den einmaligen angestrichenen Großspekulant konnte man später in kleinen Kneipen des Hausvogelviertels betrunken sehen, ängstlich, gedrückt, trübsinnig und weisheitslos, mit schlechten, besetzten Kleibern — unerkannt, vergehen!

Damals lernte man zuerst in Berlin, wie man schnell und billig Häuser baut. Zum Neubau wurde der moriche Schutt des alten Hauses verwendet. Die frischen neuen Bretter der Dienen bargen alles Gammel, die Dinsten, die dem Mörtel

Bindung geben sollten, stammten noch vom alten Haus und waren trocken und splitterig. Aber alles wurde überlistet mit den Goldbleiben der glänzenden Tapeten und dem massenhaft angebrachten blassen Stuckwerk. In den neunziger Jahren zog die amerikanische Bauart in Berlin ein, oder vielmehr ihre bösartige Auswirkung: die wilde Technik, mit der im fernen Westen heftig Goldgräberbäche aus dem Boden geklopft werden. Man arbeitete jetzt Tag und Nacht, trocknet den Neubau mit der tüchtigsten Glut von Kohlenstein schnell aus, nur um den Anforderungen der Gesundheitspolizei zu genügen. Später biegen sich die Wände und saugen wie Schwämme jeden Dunst in ihre Risse — aber dann schloß ja keiner mehr! Berlin wird nun mit einem riesigen Mägenwägen überzogen, hinter denen man jedes Geheimnis des Nachbarn mit Widerwillen belauschen muß, jeden Streich, jeden Trick. Das amerikanische System kommt in Aufnahme, Wände einfach dadurch herzustellen, daß man zwischen zwei Rahmen Zement gießt. Noch heute nennt der Handwerker spöttisch jene unheimliche Oberflächlichkeit, Schrauben mit ein paar flüchtigen Sammerhaken an Ort und Stelle zu pressen, anstatt sie sorgfältig ins Gewinde zu drehen, „amerikanische Schrauben“. Die Türen und Fenster werden von „amerikanischen Schrauben“ gehalten. Giebel baut man nicht mehr; wo es gewöhnlich wird, legt man aus. Doch eine hohe, spitze Traufkassette, die auf der Rückseite von eisernen Drähten gehalten werden muß.

Das Schnellbaugehen kennt man jetzt. Und immer mehr entseht sich das große Geheimnis, billig zu bauen. Man versucht die Belastungsgesetze der Natur zu hintergehen. Bekanntlich enthält die Mauerwerk jedes Stockwerkes, nach den Erfahrungen der Druck- und Lastgesetze, immer einen Stein weniger als die Mauer des darunterliegenden Stockwerkes. Was liegt näher: man gibt den höheren Etagen einfach noch viel weniger Steine, als nötig ist. Resultat: Die Mauer der oberen Stockwerke haben die Dicke eines Kaktus. Wer im Winter in den oberen Etagen solcher Häuser wohnt, hat die Wahl, entweder durch Überheizung sich zu erkalten, oder zu frieren. Dann wird eine gewisse Generation von Mauerwerkpoltern herangezogen, die es trefflich versteht, die Mauer anzuweisen, wie man ja mit dem Mörtel parat! Auf den Affordamuren muß der Mauer ohnehin in wilder Hast arbeiten. Wenn ein solches Haus dann einstrahlt, so stellt die Unternehmung Kohlräume im Mauerwerk fest. Die Mörtel dieser Spekulationshäuser fällt ja nicht sofort ein. Brunnhäuser stehen solche neuen Häuser auf den eben erschlossenen Grundstücken da. Das „hochherische“ Haus steht mit den ausschweifenden Arabesken seiner

Zalkglanzender Fassade. Es hat eine Warmwasserheizung, die im Winter einfriert. Dafür aber hat es Badebäder, die mit Geschlochten demal sind, und einen Fahrstuhl!

So das „Berliner Tageblatt“. Unseren Lesern, bornheimlich den Berliner Berufsgeoffenen, bietet seine Darlegung in allerhöchster Weise; sie kennen den verbrecherischen Unfug solcher Bauausführung aus eigener Erfahrung. Aber seine Feststellung durch ein bürgerliches Blatt ist doch eine Unart.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: wie ist es möglich, daß dieses Unwesen unter den Augen der Baupolizei entstehen konnte und bestehen kann. Bedächtig deshalb, weil diese Behörde ihres Amtes nicht gewissenhaft und energisch wahrte, resp. mangels einer guten Vornahme nicht wachen konnte. Nebenbei zeigt der Charlottenburger Baueinsturz aufs neue, wie sehr reformbedürftig das Baupolizeiwesen ist. Es muß in gründlichster Weise dahin reformiert werden, daß Bauausführungen der in Rede stehenden Art nicht mehr möglich sind. Für eine solche Reform aber ist bis jetzt einzig und allein die organisierte Bauarbeiterschaft energisch eingetreten. Das baugewerbliche Unternehmertum, auch das künstlerisch organisierte, dessen besondere Aufgabe es angeblich sein soll, die Solidität im Bauwesen wieder herzustellen, hat sich immer mehr oder weniger eifrig widerlegt, unter der Motivation, daß eine zu weit gehende Erschwerung des Bauens“ verhindert werden müsse.

Vor allem ist eine weit bessere Bauaufsicht notwendig, als sie bisher von Seiten der Polizei und der Unternehmerorganisationen (Berufsgenossenschaften usw.) geleistet worden ist. Diese Aufsicht wird so lange ungenügend bleiben, bis berufsfunktionäre Vertreter der Arbeiter zu ihr herangezogen werden, wie es die organisierte Bauarbeiterschaft schon so lange fordert. In absehbarer Zeit wird man diese Forderung wohl oder übel allgemein erfüllen müssen; sie ist so unbedingt gerecht und vernünftig, daß bloßer Unterhandlung und spekulativen Unternehmerinteresse auf die Dauer ihre Erfüllung nicht zu verhindern vermögen. Dahin muß es kommen, daß die Arbeiterorganisation im Grunde ist, die Befestigung von Arbeitern bei unfoligen, gewissenlosen Bauausführungen zu verhindern. Da steht die Befestigung der wilden, Affordamurarbeit in erster Reihe. Denn gerade sie ermöglicht die Schnellarbeit, die Gefahren schlimmster Art in sich schließt und dem Baugewerbe zur Schande gereicht.

Nächsten, zu verschaffen. So hören wir denn mehr als je von internationalen Schiffahrtsskandalen. Anfang August tagten wieder einmal 40 Vertreter der großen Interessenten des nordatlantischen Passagierverkehrs in Paris, und nach den Zeitungsmitteilungen wäre man über die kleineren und die allgemeineren Wettbewerbsfragen zu einer durchaus befriedigenden Verständigung gelangt. Danebenher laufen jedoch mehr oder weniger ernst gemeinte Drohungen. Die führenden italienischen Dampfergesellschaften haben allmählich die italienische Auswanderung mehr und mehr in ihre eigene Hand bekommen. Die Zeit der kleinen und gebrechlichen Fahrzeuge, die einst unter italienischer Flagge fuhren, ist vorbei; der Fahrplan ist erneuert und modernisiert, obwohl man nicht gleich zu Riesendampfern deutschen und englischen Stils übergehen konnte. Die eingewurzelte deutsche Konkurrenz hat sich jedoch aus den Mittelmeerausgangshäfen nicht so leicht verdrängen lassen, weder in der nordamerikanischen, noch in der für die italienische Auswanderung gleichfalls hochwichtigen subamerikanischen Fahrt. Wie zur Vergeltung laudete neuerdings der Plan auf, italienische Dampferlinien auch von den Nordseehäfen und dem europäischen Nordwesten und Westen nach den Vereinigten Staaten laufen zu lassen. Die deutschen Großreedereien wiederum lassen den in wesentlichen gegen die englische Konkurrenz gerichteten Plan erklären, Dampfer direkt, ohne das Umlaufen weiterer europäischer Zwischenhäfen, von den Nordamerikanischen Häfen nach Nordamerika gehen zu lassen. Drohvermutungen wie Konferenzen sind offenbar Anzeichen der ernstlichen, unbefriedigten Geschäftslage.

Wesentlich die Eisenbahnen. Die Mindereinnahme für den Güterverkehr bei unseren deutschen Bahnen hatten wir zuletzt für den Monat Juni, gegen den gleichen Monat des Vorjahres, auf 6,08 Millionen Mark oder auf 1,53 pro Kilometer angegeben. Der Juli 1908 lag abermals mit 130,9 Millionen Mark Gütergeheiminnahme um 2,18 Millionen Mark oder um 1,76 pro Kilometer unter dem Juli 1907. Danach hätte sich der Durchgang zuletzt etwas abgeschwächt. Aber vielleicht lautet das Urteil richtiger dahin, daß die diesjährigen Gütertransporte wegen der Unterbrechung durch die stille Frühlingsperiode zu ungenügend, dagegen die Gütertransporte wiederum zu günstig erschienen, weil der Beginn des Regens die Transporthilfe von den ungenügenden Wasserstraßen auf die Eisenbahnen überging. Auf jeden Fall bleibt der ganz merkbare Abfall, und zwar ständig seit dem März 1908. In England und liegen die Abrechnungen der sämtlichen großen Privatbahnen für das erste Halbjahr 1908 vor. Das Zusammenkommen der Einnahmen aller Art betrug hier über 10,4 Millionen Mark (521.000 Pf. Sterl.), und diese Einnahme ist um so empfindlicher, weil in England die Kostenpreise im Anfang der Preis gleichfalls hochgeblieben, ja sogar zunächst noch stiegen. Wesentlich hieraus erklärt sich die halbjährige Werbeausgabe um über 13½ Millionen Mark, so daß die Gesamtbilanz sich um 23½ Millionen Mark für das Halbjahr verschlechterte. In Amerika haben wir gleiche Konkurrenz von Bahngesellschaften, aber allem zuerst ist zum Goußbroschen System gehören. Aber auch die Konkurrenz der transportierenden Aktiengesellschaften freit, obwohl die Zahl der „feindlichen“ Wagen allmählich wieder abnimmt, nach höheren Frachttarifen. Dagegen stehen sich natürlich alle Unternehmern auf, die Rohstoffe, Lebensmittel und Fabrikate verschicken müssen und die selber von der Preis bedrängt sind. Die ganze politische Situation ist zudem im Augenblicke den verhassten Eisenbahnmagnaten keineswegs günstig, die in der guten Zeit so wenig den Ansprüchen des Verkehrs zu genügen wußten.

Wie bei der Schifffahrt Vereinbarungsverfuche und schärfere internationale Kämpfe nebenherlaufen, so scheint es in den Textilgewerben gleichfalls zuzugreifen. Auf dem letzten Pariser internationalen Baumwollkongress hatten die Engländer vor ein paar Monaten vorgeschlagen, in allen Ländern einseitig die Betriebe einzuschränken. Aber nicht einmal in der Spinnerei ist es zu einem solchen gemeinsamen Schritt. Die englischen Unternehmer haben hierunter sich die früher erwähnte Vereinbarung getroffen; im Juli und August durch Schließung am Freitag und Sonnabend 10½ Arbeitsstunden ausfallen zu lassen. Aber die französischen Spinnereientnehmer haben ziemlich prompt erklärt, daß sie keine Ursache hätten, für das Gründungsheer in England überzulesen zu müssen. In Deutschland ist man zu ziemlich regellosen Betriebs- und Erzeugungsvereinfachungen übergegangen, doch haben die Süddeutschen einseitig eine Einschränkung um 14 pSt. beschlossen. Trotzdem ist die Misere geblieben. Sie kommt in Deutschland unter anderem darin zum Ausdruck, daß sich der Abstand (die sogenannte Spannung oder Marge) zwischen den Rohstoffpreisen und dem Fabrikatpreis beständig vergrößert. Steht man die Bremer Notierungen von Widdling amerikanischer Baumwolle und die Gladbacher Notierung von 20er Watergarn einander gegenüber, so betrug der Preis für 1 Doppelgarnier beginn. die Spannung Pfennige:

	Baumwolle	Garn	Demnach Spannung
Im Jahresdurchschnitt 1907 ..	122	211	89
Januar 1908 ..	121	207	86
Februar 1908 ..	119	203	84
März 1908 ..	113	191	78
April 1908 ..	103	182	79
Mai 1908 ..	113	167	54
Juni 1908 ..	118	169	51

Nach allem nach März-April ist der Unisack ein geradezu bester; die überkommenen alten Aufträge waren erledigt oder dem Handel und der Weberei rüdigangig gemacht; die Vollführung der Kräfte setzte sich. Dazu kommt unumstößlich eine Vergrößerung der englischen Konkurrenz. Die Unternehmer haben den englischen Spinnereientnehmern eine Kohnführung um 5 pSt. vorgeschlagen; die Arbeiter verlangen einen Aufschlag des Lohns. Am 19. August haben sich die Spinnereientnehmer von Lancashire endgültig mit einer Majorität von 92 pSt. aller Spinneln, für Aufrechterhaltung ihrer Forderung entschieden. Als es zu keiner Einigung, so würden dem 21. September ab 200.000 Arbeiter und gegen 80 Millionen Spinneln fernern. Kommt es zur Lohnreduktion, wie stark wird alsdann der Anprall der beschleunigten englischen Konkurrenz sein? Denn

nirgends hat man in den letzten Aufschwungsjahren die Spinnelzahl und damit die Ueberproduktionsgefahr so enorm vermehrt wie gerade in England. Weiter sind durch den letzten Zollsturz die deutschen Garnpreise wesentlich herabgesetzt worden — was durchaus gute Gründe gehabt haben mag, aber im Augenblick die Lage der deutschen Spinnereien natürlich viel weniger angenehm macht.

Da diese Verhältnisse in den nächsten Wochen und Monaten wahrscheinlich eine große Rolle spielen werden, so sei nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ die Statistik der Baumwollspinneln für die Hauptländer mitgeteilt, für den Zeitraum vom 1. September 1906 bis 31. August 1907:

	Geschäfte Gesamtspinnelzahl	Darvon in Betrieb
Großbritannien	50679841	43154713
Vereinigte Staaten	28242000	28242000
Deutschland	9339448	9191940
Frankreich	6800000	6603105
Oesterreich	3616434	3584434
Italien	3500000	2867863
Schweiz	1484450	1413896
Belgien	1140000	1110600

Alle übrigen europäischen und nichteuropäischen Länder mit einer erst zu nehmenden Baumwollspinnindustrie hinzugerechnet, kommt die Statistik auf 114 Millionen vor. Weit über 40 pSt. davon entfallen demnach auf England. Es läßt sich denken, wie sehr unter solchen Verhältnissen die Entwicklung in England auf alle europäischen und überseeischen Länder zurückwirken muß, auch wenn, wie erwähnt, bei dem drohenden Lohnkonflikt direkt zunächst nur 80 Millionen Spinneln betroffen werden.

Berlin, 23. August 1908.

Mag Schippel.

Politische Umschau.

Der englische Schatzkanzler und die deutschen Arbeitervertreter. Am 22. August hat der Schatzkanzler Lloyd George mit drei Vertretern der Berliner Arbeiter über die Arbeiterversicherung eine Unterredung gehabt: mit unserem Kollegen Eugen Simonowitsch, dem Vorsitzenden der Zentralmission der Ortskrankenkassen der Reichslands, mit Albert Kohn, dem Geschäftsführer der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Hans Beilschläue und Apotheker, mit Herrn Peter Boeker, Vertreter der christlich-sozialen Gewerkschaften in Berlin.

In Frankfurt a. M. unterhielt sich der englische Schatzkanzler in einer anderthalbstündigen Unterredung mit dem Sekretär des Frankfurter Gewerkschaftsrats, Professor Vöndt, über Fragen der Arbeiterversicherung. Professor Vöndt hatte die Zusammenkunft veranlaßt; er fungierte auch bei der Unterredung als Dolmetscher. Genosse Dorfsch stellte fest, daß die deutsche Arbeiterchaft dem Grundgedanken der Lloyd- und Invalidenversicherung sympathisch gegenüberstehe, er klemmte aber die große Dürftigkeit der Invalidenrenten. Dorfsch betonte dann, daß die in der Invaliden- und Invalidenversicherung gesammelten Gelder zu außerordentlich nützlichen Zwecken Verwendung gefunden hätten. So übernehme die Invalidenversicherungsbank in vielen Fällen die Kostendeckung in Heilanstalten und Sanatorien und überlasse damit den Familien der Erkrankten das volle Krankenlohn. Ebenso sei anzuerkennen, daß die Versicherungsanstalten Kapitalanlagen zu mäßigem Zinsfuß an gesundes Wohnungswesen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gefördert werde. Auf die Frage der Engländer, wer nun die Mittel für die notwendige höhere Rente hergeben solle, erwiderte Dorfsch, daß er dies zunächst für die Pflicht des Staates halte. Er ist aber auch nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Beiträge, wenn eine andere Möglichkeit, die nötigen Mittel zu höherer Rentenzahlung zu beschaffen, nicht gegeben sei.

Der Staatssekretär Lloyd George berührte dann das Problem der Arbeitslosigkeit. Dorfsch wies auf die regelmäßige Wiederkehr der Krisen hin. Staat und Kommunen können deshalb sehr wohl darauf hinwirken, daß größere Arbeiten, wie Kanalisationen, Eisenbahnen, Brücken, Staatsbauten, Schulen und Reichsanstaltengebäude, Sanatorien nach Möglichkeit so dirigiert werden, daß die Frage der Arbeitslosigkeit resp. die Ausfüllung in die Krisenzeit fällt. Auf die Frage, was der Staat denn bisher in dieser Richtung schon tue, mußte Genosse Dorfsch mit Bedauern konstatieren, daß nach unseren Beobachtungen vom Staate nichts in dieser Richtung geschehe, ja, daß im Gegenteil das Heranziehen von ausländischen Arbeitern zu Kanal- und Eisenbahnbauten von staatlichen Behörden trotz der Krise gefördert werde, um die deutschen Industriearbeiter zu zwingen, als Landarbeiter Verwendung zu suchen. Eine weitere Frage galt der Unterbrechung der Arbeitslosen bei Krisen. Genosse Dorfsch betonte, daß diese Frage eine der brennendsten sei. Wenn bisher keine Hungererhebungen ausgebrochen seien, so verdanke der Staat das einzig den Millionen und der umfassenden Fürsorge der Gewerkschaften. Dorfsch hält es für die Pflicht des Staates, der Kommunen und des Unternehmertums, für Krisenzeiten ausreichende Mittel zu beschaffen, die eine ernsthafte Not verhindern. Den Gewerkschaften könne man einmündig mit, daß der Organisierte durch die Mittel seiner Organisationen mit der Verpflichtung, auch die bedürftigen Nichtorganisierten zu unterstützen. Dorfsch verheißt nicht, daß er dadurch auch eine moralische Einwirkung auf die Nichtorganisierten erzwinge, sich zu organisieren. „Dazu würde nach seiner Ueberzeugung auch die nächste Erkenntnis mit, daß der Organisierte nur die Mittel seiner Gewerkschaft eine höhere Unterstützung bekomme, die der Nichtorganisierte sich in vielen Fällen für die Zukunft auch sichern wolle. Auf die Frage, wie Dorfsch sich denn die Verwendung der Zuschüsse bei Streiks und Ausperrungen denke, gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß bei Streiks der Zuschuß ohne Bedenken ausgeschüttet werden könne. Erst nach Beendigung des Streiks, wenn sich ergebe,

daß Opfer, die unterstützungsbedürftig seien, verblieben, sei Zuschuß wieder in Anspruch zu nehmen. Bei Ausperrungen liege die Sache in der Regel anders. Doch habe er auch hier keine Bedenken, von Fall zu Fall die Entscheidung einem Schiedsgericht darüber zu übertragen, wer die Ausperrung verschuldet habe. Im übrigen hält Dorfsch auch den Weg der Zwangsbeiträge, wie bei den übrigen Versicherungszweigen, gangbar. Er befürchtet dadurch keine Schädigung des Organisationsgedankens bei der intelligenten Arbeiterchaft. Dorfsch empfahl dem Herrn Minister, sich an die Generalcommission in Berlin zu wenden.

Die Konferenz des englischen Ministers mit einem deutschen Gewerkschaftsführer liegt den Ministern stark im Magen. Als vor Jahren in Berlin der so viel End entrollende Heimarbeiterkongress tagte, fand die Regierung seine Veranlassung, eine Vertretung zu entsenden. Nach bei allen Gelegenheiten wurde die so starke deutsche Arbeiterbewegung ignoriert.

Es ist deshalb besonders interessant, daß ein Auslandsminister, um die deutsche Sozialgesetzgebung kennen zu lernen, sich auch bei Gewerkschaftsführern erkundigt.

Der Schatzkanzler Lloyd George hat nun einmal wohl erwogene, auf Massenerfahrungen gestützte Urteile deutscher Arbeiter über die deutsche Arbeiterversicherung gehört. Bisher erreichten nur die Berichte der kritischen Beobachter der deutschen Arbeiterversicherung das Ohr der ausländischen Staatsmänner.

Partei und Gewerkschaften. Zum Parteitag in Nürnberg beantragen der Parteivorstand und die Kontrollkommission folgende Resolution:

Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der sozialistischen Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie, entgegen den Beschlüssen des Parteitag und des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringende gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes nicht wollen. Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegenzug zur Partei gestellt, indem sie unter Aufhebung an die anarcho-sozialistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie gesittig befehl und schmäht.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegenzug zur Abwehr der Resolution erfolgte Gründung schon dem Mainheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag: Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Zur Frage der Maifeier liegen bereits 15 Anträge vor. In den meisten wird gefordert, in der Maifeier die geforderte. Einige sprechen sich schärf gegen die zwischen dem Parteivorstand und der Generalcommission getroffene Vereinbarung aus. Die Aufhebung dieser Beschlüsse wird verlangt zu Gunsten einer neuen Regelung. Ein Antrag Königssberg W. schlägt für die Regelung der Unterstufung der Maifeier gemäßigten folgende Resolutionen vor:

1. Ueber die Arbeitsruhe wird nach zu vereinbarenden allgemeinen Grundsätzen, für die bei einigen Gewerkschaften bereits bestehende als Vorbild dienen, entschieden.

2. Den Gewerkschaften wird die Unterstützung vom dritten Werttag ab gewährt und zwar a) für sechs Tage aus lokalen Mitteln, die durch obligatorische Beiträge der am 1. Mai arbeitenden Organisations Sammlungen usw. aufgebracht werden; reichen die Mittel dieses Monats nicht aus, so muß die noch erforderliche Summe am Orte auf die Parteiorganisation und die Gewerkschaften, denen die Ausgaben vorzuziehen sind, gemessen zu verteilen; b) weiterhin aus den zentralen Hauptstellen der Partei und der Gewerkschaften in angemessener Verteilung. Als angemessene Verteilung gilt die Zahlung der Unterstützung für die allein politisch organisierten aus Parteimittel, für die allein gewerkschaftlich organisierten aus Gewerkschaftsmitteln, und für die beiden Organisations Angehörigen von beiden Seiten zu gleichen Teilen.

3. Die Gewerkschaften werden ersucht, von Erhebung besonderer Maifeierbeiträge für andere Gewerkschaftszwecke in Zukunft Abstand zu nehmen.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind für die allein politisch organisierten Gewerkschaften aus der Zentralkasse der Partei, für die allein gewerkschaftlich organisierten aus der Zentralkasse der Gewerkschaften, und für die beiden Organisations Angehörigen aus beiden genannten Kassen zu gleichen Teilen zu zahlen.

Einen keineswegs angenehmen Eindruck macht die Fassung einiger Anträge. Da ist z. B. die Rede von „Rechts- und Abwiegungsversuchen aus Gewerkschafts- und Parteifreien“. Man möge aus der Frage der Arbeitsruhe sehen wie man will, so ist es doch wahrscheinlich nicht nötig, solch eine schroffe, völlig unvollständige Tonart anzuschlagen. Zur Klärung und Verständigung können sie beitragen. Das Gewicht der Gründe ist entscheidend und nicht die sogenannte „rabuläre“ Redensart, die noch dazu in diesem Falle selbständig für Parteivorstand und Generalcommission ist. Denn in erster Linie an sie, die doch gewiß ihre Beschlüsse nach ethischer Erwägung gefaßt haben, sind die betreffenden Bemerkungen gerichtet.

Regelung des Streikrechts in der internationalen Gesetzgebung. Das „Rechts-Arbeitsblatt“ veröffentlicht auf dieser, schon mehrfach angeregten Frage eine umfassende Studie die sich wie folgt zusammenfassen läßt:

1. daß mit Ausnahme von Australien alle Staaten das Streikrecht im allgemeinen zwar in geordnete Formen zu leiten suchen, aber seine Ausübung nicht verhindern;
2. daß dagegen für gemeinnützige Betriebe die Tendenz der neueren Gesetzgebung dahin geht, sei es a) auf dem Wege des Embellionszwangs, b) des obligatorischen Schiedsverfahrens, c) der Beamtengesetzgebung, d) des Streikrechts, dem Streikrecht bestimmte Grenzen zu ziehen.

sonntags in Petersburg vernichteten nicht nur den politischen Subjektivismus der breiten Massen, sie weichen auch eine umfassende ökonomische Bewegung, die, aller Schranken haltend, sich über das ganze Land ergoß.

Im offiziellen Bericht heißt es: „Ungeachtet der Besonderheiten der rein revolutionären Stimmung des Jahres 1905, regte das Interesse für ökonomische Fortschritte die Massen der Arbeiterbevölkerung ebenfalls nicht in geringerer, sondern eher in größerem Maße an (als die politischen Fortschritte)“. Hieraus weisen auch folgende Tatsachen hin: Jeder rein ökonomische Streik hatte im Durchschnitt mehr Teilnehmer, als ein politischer Streik; ferner übersteigt die Gesamtzahl der Teilnehmer an ökonomischen Streiks die der Teilnehmer an politischen Streiks; die letzteren wurden endlich weniger beharrlich geführt und lieferten kürzere Zeit an als die ersten.

Diese Tatsachen sind außerordentlich bedeutsam. Sie weisen darauf hin, daß die Sturmflut des Jahres 1905 in bedeutendem Maße dem spontanen Drang der russischen Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage entsprang. In diesem Schwunge legte sie sich über die Schranken hinweg, die das Kapital im Punkte mit dem Sozialismus für sie errichtet hatte, und eroberte nicht nur auf politischem sondern auch auf ökonomischem Gebiet eine Position nach der anderen. Sie unterlag hierauf im ungleichen Kampf gegen eine Welt von Feinden und lebt nun dank der anhaltenden Freie, der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Stadt und Land, der exorbitanten Preissteigerung aller Lebensmittel und endlich dank der brutalen Ausbeutung der Unternehmer in ärmlichen ökonomischen Verhältnissen als vor 1905. Diefelben Widerstände ihrer ökonomischen Lage, die sie damals das Hauptgewicht auf ökonomische Forderungen legte, müssen sie aber auch jetzt in den Kampf treiben. „Man darf ruhig behaupten“, so schreibt der liberale Nationalökonom Stenjerant (Nischni Nowgorod, Nr. 141) —, „johald unsere Substanz für aus dem Zustand der jetzigen Depression erhebt, d. h. johald ein günstiger Moment für die Entwicklung einer neuen Welle ökonomischer Streiks eintritt, werden sich diese abermals, ungeachtet aller Hemmnisse, über das ganze Land ergießen.“

Maurerbebewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregulungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird: werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hausstädte:

Hamburg (Sperre über Unternehmer Seidler, die Bauten sind Eppendorferlandstrasse, Wolkenweg, Oerelgasse, Mettelschloßstrasse, und Oerelarbeiten der Stettiner-Chamottefabrik an der Gasanstalt Grabsbrock); **Lübeck** (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Quickborn (Streik); **Trittau** (Sperre über Chr. Meier in Kasseburg, Arbeitsstelle-Meierei in Möhnsen); **Rendsburg** (Sperren über das Rader Koks- und Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), **Sülze** (Sperre über Holdorf), **Ahrenshop a. Fischland** (Sperre über Holms);

Brandenburg:

Wittstock a. d. D. (Streik), **Neu-Buch** (Sperre über Ehrlich), **Königs-Wusterhausen** (Sperre über den Schulbau in Zernsdorf), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätz);

Ost- und Westpreussen:

Neidenburg (Streik), **Hammerstein** (Sperren über Kofahl und Karge), **Ostode** (Sperre über Tossman aus Mohrungen);

Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Schiendel in Grebelwitz), **Hundsfeld-Rosenthal** (Sperre über Vetter aus Weide), **Neustadt i. Oberschl.** (Sperre über Hahnel);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbau, Bernat & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Mickeln K. Edlich, Hühnermeisterstrasse), **Leutzsch** (Sperre über die Eisengießerei E. Becker & Co.), **Knaustleberg** (Sperren über David Ludley und L. Loos), **Saundersdorf bei Zwickau** (Sperre über Borger aus Schöndorf), **Milsen** (Sperren über Ferd. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmanndorf), **Grimma** (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Stassfurt (Streik), **Craau d. Magdeburg** (Sperre über Weingart), **Kenschenburg** (Sperre über Baummann aus Lützen), **Halle a. d. S.** (Sperre über Steger in Passendorf), **Weissenfels** (Sperre über Oskar Paasche, Bahnhof Corbetha);

Thüringen:

Arnstadt (Sperre über Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipppe:

Wittingen (Streik), **Stadthagen** (Sperren über Pape in Nordsehl und Pape in Helsen), **Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Münster, Westerstedde u. Umgegend** (Differenzen), **Vasselsbüsche** (Differenzen), **Verden** (Sperre über die Bauten der Metallwerk-Aktiengesellschaft), **Wietzen** (Sperre über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), **Grüssendorf** (Sperre über Thiele aus Lehre), **Hildhausen** (Sperre über Ringe);

Hessen:

Mittel (Sperre über Ackmann in Oberkirchen und Ebeling in Velden);

Westfalen und Rheinland:

Elberfeld-Barmen (Sperre über den Unternehmer Wipperfurth aus Gersheim und über die Arbeiten der Firma Diedler & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Düsseldorf-Beurath** (Sperre über Zensen), **Kaiserswerth** (Sperre über die Bauten der Diakonissenanstalt), **Castrop** (Sperre über Kleins, Lamperts und Vellener), **Solingen** (Sperre über Fischer), **Oberhausen** (Sperre über Vollbracht);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Sperre über Steidel), **Mühlhausen** (Sperre über Trapp, Entwässerungskanal);

Bayern:

Bayreuth (Sperre über Hoffmann, Realschule);

Fliesenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperre über Möhlbrück & Matheis), **Kiel** (Differenzen);

Isolierer und Steinholzieger:

Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), **Mannheim-Ludwigshafen** (Sperre über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Schweiz:

Olten (Streik), **Bern** (Differenzen);

Oesterreich:

Kladno, Kralup, Neuhaus, Prossnitz, Triosch.

Gau Ebn.

An den Neubauten des Unternehmers Fischer in Solingen kam es am 15. August zur Arbeitsseinstellung, weil sich Fischer, mit dem noch jedes Jahr Lohnhöfungen entstanden sind, mal wieder weigerte, den vertraglich festgelegten Lohn zu zahlen. Sämtliche Maurer und Gipsarbeiter auf dem Neubau Provinzial-Erziehungsanstalt und drei Maurer und zwei Gipsarbeiter am Neubau Kronenbergerstraße legten die Arbeit nieder. Beteiligt waren über hundert Mann, die mit Ausnahme von circa zehn christlich organisierten den Verbänden der Maurer und Gipsarbeiter angehörten. Nach einlässiger Dauer kam es zur Einigung mit Fischer, der sich verpflichtet, den mit dem Unternehmerverband abgeschlossenen Arbeitsvertrag anzuerkennen, sämtliche Leute wieder einzustellen, eine den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechende, genügend große Baubude herzustellen und den Italienern durch die Kontinuität des Essen zubereiten zu lassen. Fischer erklärte am 17. August an der Anstalt sämtliche Leute ein, dagegen erklärte er den Leuten, die an dem Bau Kronenbergerstraße beschäftigt waren, er habe keine Lust, er wolle sie nicht mehr. Dagegen erklärte er auch den Vorstehenden der drei Arbeiterorganisationen, die erneut wegen der Wiedereinstellung bei Fischer vorstellig wurden. Dabei suchte Fischer gleichzeitig im Arbeitsmarkt dreißig Italiener. Die drei Vorstehenden werten nunmehr der Überzeugung, daß es sich hier um eine Maßregelung handelte, gegen die man sich wehren müsse. Der Vorstehende der Christlichen Arbeiter, wollte aus sofort die Arbeiter von der Anstalt davon in Kenntnis setzen. Da die beiden anderen sofort keine Zeit dazu hatten, wurde die Angelegenheit bis zum Ergehen der Bezugsleiter verschoben. Am 20. August trat nun unter Vorbeisehung der Anstalt, der auch die Umgebungen mit Fischer getroffen, aus Ebn ein und verständigte sich mit dem christlichen Vorstehenden Helfer und unseren Vorstehenden über das, daß, daß am anderen Tage sämtliche Leute der Anstalt wieder einstellen sollten. Der christliche Helfer sagte noch bei dieser Gelegenheit: „Es wäre doch eine Schande, wenn wir mit den drei feuerfesten Organisationen, die wir hier haben, den Fischer nicht zwingen können, sein Wort zu halten.“ So weit, so gut. Am Freitagabend hörten sämtliche Arbeiter, Deutsche wie Italiener, bei Fischer auf, mit Ausnahme der zehn christlich organisierten Maurer. Wie sie sagten, betrafen sie die wieder 3 Schadenersatz abgehoben zu bekommen, da sie nicht am Tage vorher geschäftig hätten. Sie wollten deshalb am Sonntag aufbrechen. Am Sonntagabend aber, nun beabsichtigten die Christlichen, keine Solidarität zu üben. Wie man in einer Zuschrift an den Bezugsleiter des „Volkstums“ behauptet, soll es sich bei der neuerlichen Arbeitsseinstellung nicht um nichtbezahlte Forderungen, sondern um Prinzipienstreit handeln, die Arbeiter der Baustelle Kronenbergerstraße hätten mit Arbeitsunterbrechungen nichts gemein gehabt, weil sie nicht mit dem Gipseschloß in Verbindung gekommen seien. Eine größere Forderung ist doch noch nicht dagesewen. Tatsache ist, daß die Arbeiter vom Bau Kronenbergerstraße die Arbeit auf Veranlassung der Organisationsleitung einstellen, weil Fischer wegen Nichtanerkennung des Vertrages für sein gesamtes Baugeschäft, nicht nur für den Gipseschloß, gesperrt wurde und auch gestungen werden sollte, den Tarif anzuerkennen. Weshalb ist das Verlangen der Wiedereinstellung am Kampfe Beteiligten, nun Prinzipienstreit? Es war aus dem Grunde, weil sie freigeorganiert waren? Das wäre es gewesen, wenn die betreffenden Arbeiter christlich organisiert wären? Wir hätten das Geschehene nicht hören müssen, wenn es sich um christliche Gemächselte gehandelt hätte, und die freigeorganierten Arbeiter hätten sich geweigert, Solidarität zu üben. Da man nun im höchsten Grade für die Beschönigung des Arbeitervertrages belegen ist, so sucht man eben welche mit den Worten herbeizuziehen. So behauptet man, der Kollege Müß hätte dem Bauführer Reiß vorgeschlagen, dafür Sorge zu tragen, daß eine Partei am Gipseschloß beschönigt. Das ist eine ganz gemeine Lüge. Wie heißt doch das Wort: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ Das ist also die zur Schau getragene Ehrlichkeit. Erst verschafft man sich mit Hilfe der freigeorganierten Kollegen den vertraglichen Lohn und dann verrät man den Helfer in der Not und läßt ihn seine im Stich. Die Arbeiterseits wird sich das Verhalten der Aufschreiben merken.

Meistens mögen die Christlichen nicht denken, daß sie hiermit schon über alle Berge wären. So haben wir

nicht gewetteilt. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt werden und der christliche Verband wird sich äußern müssen, ob er ein solches Verhalten seiner Mitglieder billigt und hingehen läßt. Wer mit uns zusammenarbeiten will, muß auch ehrlche Waffenbrüderschaft halten, er kann nicht an einem Orte mit Verrat arbeiten, wenn er in der Allgemeinheit mit uns zusammengeht.

Die Bewegung für Durchführung des Vertrages in Vermessung ist beendet. Jetzt war, wie wir berichtet haben, der Unternehmer Gussels gesperrt worden. Auf diesem sträubte sich noch der Unternehmer Lange dagegen, den Vertrag anzuerkennen. Als wir diesen dazu aufforderten, meinte er, er wolle sich wohl fügen, aber er möchte nicht der erste sein. Darauf blieb uns nichts weiter übrig, als auch ihn zu sperren. In der Zwischenzeit hatten die Streikbrecher aber eingesehen, daß es doch nicht richtig ist, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen und in dieser Erkenntnis legten sie die Arbeit ebenfalls nieder. Bereits vorher hatte sich Gussels telefonisch an unseren Gauleiter Müß (in der vorigen Nummer hatte ihn der Streikbrecher Müß getauft) gewandt, daß er unterhandeln wolle. Als das aber geistlich, machte Gussels den Vorschlag, er wolle den Vertrag anerkennen, wolle aber, weil er augenblicklich keine Maurerarbeit hätte, die Maurer gegen Gipsarbeiterlohn mit Erarbeiten beschäftigen. Das lehnten wir ab, denn wir wußten, daß er wohl Maurerarbeit hatte. Erst als die Streikbrecher von der Arbeit fortblieben, begab sich Gussels zur bedingungslosen Anerkennung des Vertrages. Zu der dann stattfindenden Versammlung waren auch Gussels und Lange erschienen, und hier gab Gussels nochmals die Erklärung ab, daß er den Vertrag anerkenne. Nebenbei beschwerte er sich darüber, daß man seinen „arbeitswilligen“ Kollegen so wenig respektvoll behandelt hatte. Nach einigen Hin und Her erklärte sich auch Lange bereit, den Vertrag anzuerkennen. Es bleibt nun noch der Unternehmer Pfeifer. Pfeifer steht noch auf dem Vertrag, obwohl er Mitglied des Arbeitgeberbundes ist. Wir werden nun vom Bunde verlangen, daß er entweder Pfeifer betrautet, daß Vertrag anzuerkennen, oder ihn uns frei zu geben, damit wir dieselbe nur auch bei ihm probieren können. Die Bewegung ist für unsere Organisation sehr gut gewesen. Wir haben eine Anzahl Kollegen gewonnen, die wir sonst wohl kaum zum Eintritt in den Verband hätten bewegen können. Mögen alle Kollegen aus diesen Kämpfen lernen, was wir mit Einigkeit erreichen können und mögen sie alle weiter für den Verband wirken.

Gau Dresden.

Die Kollegen in **Schöna** haben, wie aus dem Versammlungsbericht in der heutigen Nummer zu ersieht ist, dem Vertrage zugestimmt.

Gau Erfurt.

Nachdem nun am 14. und 15. August von den Zentralen beider Parteien die abgeschlossenen Verträge unterzeichnet sind, wollen wir einen kurzen Blick auf die diesjährige Lohnbewegung im Gau tun. Im Anbetracht der sich schon im vergangenen Herbst bemerkbar machenden Größe und des Planes des Arbeitgeberbundes, Aussperrungen, großen Stillschließungen, hielten wir es im allgemeinen für gut, eine abwartende Stellung einzunehmen. Aus diesem Grunde haben wir auch nur in wenigen Orten Lohnbewegung gehabt, nämlich in Eichenach, Gotha, Jena, Kahl, Meiningen, Salzungen und Weimar.

In Eichenach, Salzungen und Weimar leiteten die Unternehmer die Bewegung ein, indem sie uns zur Verhandlung einladen und den Musterarif vorlegten. In Gotha, Jena, Meiningen und Kahl hatten die Kollegen Forderungen, und auch hier wurde mit Ausnahme von Meiningen, der Musterarif vorgelegt. Mit Ausnahme von Kahl, wo die Unternehmer, auf zwei Jahre verteilt, 3 % Lohnzulage anbieten, und in Meiningen, wo für 1909 2 % angeboten wurden, sollte in den anderen fünf Orten der Musterarif ohne jede Verbesserung angenommen werden. In Weimar waren die Unternehmer sogar so freundlich, und wollten den Lohn auf 40 bis 44 % festsetzen, obwohl schon im vorigen Jahre im allgemeinen 44 und 45 % gezahlt wurden. In Meiningen wurde die Lohnzulage von 2 % für 1909 mit dem alten Vertrag angenommen. Mit Ausnahme von Kahl, wo die Kollegen in allen fünf Orten den Musterarif ab. In Kahl schied die Lohnzulage von 3 % die Kollegen gegen den Musterarif und seine schönen Bestimmungen blind gemacht zu haben. Andererseits hatten auch die Unternehmer die einzelnen Paragraphen in ihrer Vorlage etwas anders gefasst als im Musterarif, und so hatte man die Komplikation diese Veränderung nicht erkannt. Groß war die Freude bei den Unternehmern, als in der Arbeitsgezeitung unter „Thüringen“ mitgeteilt werden konnte, in Kahl sei der Musterarif angenommen. Möglich war dies dadurch, daß der Zweigvereinsvorstand dem Bauvorstande nicht das geringste von einer Lohnbewegung mitgeteilt hatte. Nach Festlegung des jetzt bestehenden Vertragsmusters durch die Verhandlungen am 25., 26. und 27. März in Berlin erfolgten, mit Ausnahme von Jena, weitere Verhandlungen in den einzelnen Orten, um die Lohnfrage zu regeln. Zur Einigung respeltive zum Abschluß eines Vertrages kam es in keinem der fünf Orte, indem mit Ausnahme von Gotha, wo man 2 % Zulage für das nächste Jahr bot, nirgends Lohnhöfungen eintreten sollten. In Kahl sogar hatte sich die Situation verschlechtert, indem, wohl zur Strafe dafür, daß der Bauvorstand den Musterarif nicht unterzeichnet, die Unternehmer die angebotene Zulage für 1909 von 3 auf 2 % vermindert hatten. An sämtlichen Verhandlungen der Unternehmer, trotz ja nicht, daß sie bei der letzten Zeit nichts vom Lohn abgeben wollten, hat es in den Verhandlungen nicht gefügt. Neben diesem „gütlichen Judentum“ versuchte man mit der Arbeitslosigkeit auf die einzuwirken, die in den Versammlungen einmal ein Wort redeten. Gelingen hat es nicht, Verträge kamen nicht zu Stande. Dabei hatten wir das Gefühl, als wenn die Devisierung gar kein Interesse am Abschluß von Verträgen hätte. Die Zeit ergaben den Unternehmern in so günstig, und die Siege in Berlin, Halle und Erfurt im Jahre 1907 ließen manchen kleinen Geist von noch größeren Siegen träumen. Sie sind gar nicht mehr. Der Verband hat abgewirtschaftet. Die nächsten fünf bis zehn Jahre sind vor uns. Das sind nur einige Andeutungen, die uns noch von den vielen in Erinnerung fließen, die bei dem Ver-

Elberfeld, Völsberg, Kronenberg, Monsdorf eine große Anzahl Betriebe in der Textil- und Kleinfertigungsindustrie, die nur drei Tage in der Woche arbeiten lassen. Andere wieder lassen täglich nur fünf, sechs oder sieben Stunden arbeiten. Daß unter diesen Umständen neue Fabrikanlagen, An- oder Umbauten, äußerst wenig errichtet werden, ist leicht erklärlich. So haben wir denn auch in diesem Jahre eine noch nie gekannte Anzahl arbeitsloser Maurer bis jetzt, in den Nachsommer hinein, zu verzeichnen. Auch eine andere recht unliebsame Erscheinung ist in diesem Sommer recht deutlich zu Tage getreten, nämlich das Fehlen wegen Mangels an Material, Verlegens der Balken und der Herstellung von Eisenbetondecken. Solche Maßnahmen erlaubt sich das Unternehmertum nur dann, wenn sich genügend Arbeitskräfte anbieten. Als ein weiteres Zeichen der Zeit mag auch der Selbstmord des Bauunternehmers Schenkmeier jun. aus Elberfeld angesehen werden. Man sagt, er sei ein Opfer der Krise und habe sich in schwerer Geldklemme befunden. Die Firma Gilhoff & Gerling aus Elberfeld ist ebenfalls fertig, die Bank hat ihr den Kredit entzogen, die Arbeiter wurden sämtlich entlassen. Auch diese Firma war eine der größten in Elberfeld. Man spricht davon, daß noch mehrere am Boden sind, und jedem Einkünftigen ist es klar, daß es ein solches Ende nehmen mußte. Es sind dies die natürlichen Folgen der ungeheuerlichen Preisrückfälle und Unterbietungen, wie sie auch zum Schaden der Arbeiter seit Jahren hier im Schwunge sind. In Bezug auf die Einhaltung des Tariffs muß hervorgehoben werden, daß es immer noch eine große Anzahl Unternehmer gibt, die sich nur sehr schwer in geordnete Verhältnisse fügen können. Wir sind häufig gezwungen, vorzeitig zu werden oder die Schlichtungskommission anzufragen. Am schlimmsten treiben es natürlich auswärtige Unternehmer, die auch leider noch Maurer finden, die sich nach hier verschicken lassen, ohne sich an die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu halten. Die bekannte Firma Dieckhoff u. Co. aus Stettin, die hier in Elberfeld an der Gasanstalt Arbeiten ausführt, mußte wegen ihrer langen unentschiedenen Arbeitszeit gesperrt werden. Neun Elberfelder Kollegen legten die Arbeit nieder und 17 importierte Maurer der Firma blieben fest, so daß die Firma nicht gezwungen werden konnte, den Tarif anzuerkennen. Man muß sich wundern, wie man nur 17 Maurer mit solch gleichartiger Gefinnung aufzukaufen kann. Neulich liegt es mit der Firma Wipperfurth aus Gerresheim, die wir wegen Nichtanerkennung des Tariffs sperren mußten. Sämtliche Kollegen von hier legten die Arbeit nieder und in einer Woche kamen sieben Streikbrecher aus Gerresheim und machten dadurch die Sperrung wirkungslos. Der Unternehmer Wipperfurth aus Wipperfurth, der ebenfalls den Tarif nicht, jedenfalls, weil die Maurer, die aus Wipperfurth mitkamen, damit zufrieden sind. Aber hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Unternehmer muß aus Wermelskirchen zahlen, er nicht den hiesigen Tarif, es schweben zur Zeit Verhandlungen; er verbrachte bereits, zu bewilligen. Die Firma Kahlbecker aus Geln, die hier Zement- und Asphaltparbeiten ausführt, hält ebenfalls den Tarif nicht, weil die Geln Kollegen angeblich damit einverstanden sind. Weiter arbeiten hier noch die Unternehmer Schaumburg & Sieger aus Schwelm, Weber aus Anna und Köhn aus Düsseldorf. Diese halten an dem Tarif fest. Daß es bei diesen Verhältnissen zu allerlei Scherereien kommt, ist kein Wunder. Auch bei der Pflichtenverteilung hatten wir viel durch. Maßregelungen zu leiden, obwohl die Schlichtungskommission von Elberfeld entschieden hatte, daß Plattenarbeit keine Maurerarbeit ist. Für die Section der Zement- und Asphaltparbeiten wurde der Maurertarif mit einigen Änderungen, die durch die Natur des Berufes geboten waren, vereinbart. Der Vertrag kam ohne Streit zu Stande. Bei der vor 14 Tagen aufgenommenen Statistik wurden im ganzen Zweigereinsgebiet auf 210 Neubauten 1442 Gesellen, 162 Poliere und 101 Lehrlinge gezählt. In der Zahl der Gesellen müßten mindestens noch 100 arbeitslos hinzugezählt werden. Hiesigerseits wurden gezählt 55, Zementmure und Asphaltemure 32. Die Zahl der Neubauten ist sehr niedrig. Im Jahre 1907 waren in Elberfeld allein 108 Neubauten, jetzt hat es nur 43. Trotz der geringen Zahl der Neubauten steht es mit dem Bauarbeiterlohn noch traurig da. Es sind zwar in Varnen und Elberfeld je zwei Kontrolleure von den Städten anstellt worden, aber trotzdem müssen wir fortwährend klagen, daß die Kontrolle zu lax gehandhabt wird. Wir helfen uns in der Regel am schnellsten, wenn wir die Mängel durch die „Freie Presse“ der Öffentlichkeit preisgeben, dann wird es auch die Behörde gewahr. Schlimmer als in den genannten Städten liegt es in den Außenorten, denn dort ist überhaupt keine Kontrolle. Baubüben und Untergründe sind hier sehr häufig böhmische Dörfer. Bis hierher sind die „Grundstücke“, die durch einen Runderlaß des Ministeriums vom 17. Juli 1907 herausgegeben wurden, noch nicht gedrungen, obwohl Rheinland doch leider auch in Preußen liegt. Auch baarsträubende Falscharbeit wird da sehr häufig geliefert. In Schwelm a. B. hat der Unternehmer Müller die Mauern hohl gelassen, um Material zu sparen, und zwar nicht nur in Fronten, sondern auch in Giebelmauern. Auch in Kronenberg mauert man Isolierdächer ohne jede Verankerung und Klammern. Es würde zu weit führen, alle Verstöße hier zu nennen. Aber bei Logndifferenzen, die waren Polizei und Gendarmerie sehr forsch. Man sieht, daß hier die Organisation noch viel Arbeit hat, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Möge ein jeder nach besten Kräften daran mitwirken!

Berlin. In der am 20. August tagenden Generalversammlung des Gesamtzweigerins, die von nur 154 Mitgliedern besucht war, wurde zunächst das Protokoll der Vorantkonde der Maurer vom 28. Juli bekannt gegeben. Vorgefunden wurden im Zweigereinsgebiet 1370 Arbeitsstellen mit 900 Polieren, 9159 Gesellen und 1133 Lehrlingen. Von den Arbeitsstellen wurden 73 in Afford ausgeführt, auf denen 979 Kollegen tätig waren. Von den Arbeitsstellen befanden sich im Keller 64 mit 607 Kollegen, im Parterre 45 mit 772 Kollegen, im ersten Stock 49 mit 793 Kollegen, im zweiten Stock 44 mit 505 Kollegen, im dritten Stock 27 mit 501 Kollegen, im vierten Stock 20 mit 383 Kollegen und im Trempel

74 mit 723 Kollegen, so daß insgesamt 323 Neubauten mit 4870 darauf beschäftigten Kollegen vorgefunden wurden. Außerdem waren auf 672 Neubauten 2859 Kollegen, auf 110 Umbauten 548 Kollegen, auf 214 Schornsteinen 567 Kollegen, bei 20 Brücken- und Kanalarbeiten 387 Kollegen und auf 22 Bauten, bei denen der Kontrolleur die Angabe der Etagehöhe vergessen hat, wurden 181 beschäftigte Kollegen vorgefunden. Einen guten Einblick in die gegenwärtige Berliner Baukonjunktur gewährt ein Vergleich der diesjährigen Ergebnisse mit den Zahlen der Baukontrollen vom Jahre 1906. Es wurden Bauten vorgefunden:

	24. April 1906	30. Oktober 1906	26. Juli 1908
Im Keller	122	116	64
Im Parterre	42	61	45
In der 1. Etage	60	69	49
„ 2. „	56	53	44
„ 3. „	55	42	27
„ 4. „	45	30	20
Im Trempel	94	97	74
Summa	474	468	323
Ausbauten	716	743	672
Umbauten, Schornsteine	182	234	375
Gesamtsumme	1372	1445	1370

Während demnach die Zahl der vorgefundenen Arbeitsstellen selbst nicht wesentlich zurückgegangen ist, hat sich doch der Charakter derselben verschoben. Zunächst ist die Zahl der Neubauten um 31 pSt. zurückgegangen, besonders hat der Bau großer Waren- und Fabrikhäuser nachgelassen, was durch den Rückgang der Konjunktur erklärlich wird. Andererseits ist die große Zahl der Umbauten und Schornsteine darauf zurückzuführen, daß die Baukontrolle in diesem Jahre in die Zeit der großen Ferien fiel, die ständig zur Vornahme von Reparaturarbeiten in den Schulen und auch in den Privathäusern benutzt werden. Dies Mißverhältnis drückt sich auch in der Beschäftigungssiffer aus. Von den bei den Baukontrollen vorgefundenen Gesellen arbeiteten auf Neubauten am 24. April 1906 64,21 pSt., am 30. Oktober 1906 57,54 pSt., am 28. Juli 1908 dagegen nur 51,10 pSt., während für Ausbauten die entsprechenden Zahlen 28,48, 30,50 und 31,21 pSt. und für Schornsteine 7,31, 11,96 und 17,49 pSt. sind. Dabei ist aber zu beachten, daß die Orte Adlershof, Alt-Hiemde, Wiedorf, Friedrichshagen, Kaulsdorf und Kaulsdorf in den Angaben vom Jahre 1906 nicht berücksichtigt sind, da sie damals selbständige Zweigereinsgebiete bildeten. 1906 aber ebenfalls gute Konjunktur hatten, jetzt dagegen noch mehr als Berlin zu leiden haben.

Unter der Wirkung des Tarifvertrages sind die Löhne wieder stabiler geworden. Von den 9159 bei der Baukontrolle vorgefundenen Gesellen erhielten 345 Kollegen = 3,77 pSt. weniger als 75 s. 7063 = 77,12 pSt. erhielten 75 s. 754 = 5,02 pSt. erhielten mehr als 75 s. Dabei arbeiteten 979 Kollegen in Afford, 3 auf eigene Rechnung, während 24 = 11,09 pSt. die Auskunft verweigerten. Aus den oben angeführten Zahlen geht mit genügender Deutlichkeit hervor, daß die Berliner Bautätigkeit seit dem Herbst 1907 kurzzeitig zurückgegangen ist und daß für die nächste Zeit Aussicht auf Besserung nicht vorhanden ist. Der Leittragende der Krise, wie überhaupt der kapitalistischen Wirtschaftsform, ist einzig und allein der Arbeiter.

Aber gleichwohl hat die Arbeitslosigkeit noch nicht den Umfang angenommen, um die Schaffheit und Energielosigkeit zu rechtfertigen, die augenblicklich hier herrscht. Vergleicht man die Zahlen der sich wöchentlich zur Kontrolle meldenden arbeitslosen Kollegen dieses Jahres mit denen des Jahres 1898 — wo der Zentralverband und die Freie Vereinigung zusammen ebenso viele Mitglieder hatten, wie augenblicklich die geeinte Organisation —, so ergibt sich für 1908 eine größere Arbeitslosigkeit, die sich erst von der neunten Beitragswoche an an Ungunsten des Jahres 1908 verschiebt. Es meldeten sich Mitglieder

	1908	In Prozenten	1898
In der 1. Beitragswoche	1085	15,2	1781
„ 2. „	1114	15,6	1614
„ 3. „	1137	16,01	1584
„ 4. „	1004	14,1	1481
„ 5. „	897	12,6	1157
„ 6. „	684	9,6	1117
„ 7. „	708	9,9	1157
„ 8. „	963	13,5	1173
„ 9. „	862	12,1	988
„ 10. „	917	12,9	823
„ 11. „	934	13,1	772
„ 12. „	852	12,0	655
„ 13. „	876	12,3	489
„ 14. „	621	8,7	694
„ 15. „	781	10,2	445
„ 16. „	668	9,4	298
„ 17. „	578	8,1	219
„ 18. „	627	8,8	221
„ 19. „	475	6,6	208
„ 20. „	466	6,5	317
„ 21. „	487	6,8	220
„ 22. „	518	7,2	186
„ 23. „	547	7,7	282
„ 24. „	644	9,0	329

Im ersten Quartal hat sich auch der Zweigereins Adlershof aufgelöst und ist als Kapelle des Zweigereins Berlin beigetreten. Außer den Copieden Kollegen, denen die statutarischen Bestimmungen immer noch nicht genügen, nun das ganze Beitragsgebiet auf ein Zweigereinsgebiet. Der im Laufe der Jahre beobachtete schlechte Besuch der Generalversammlungen, der sich trotz aller Agitation nicht mäßigte, und der in seinem Verhältnis zur Gesamtmitgliedszahl steht — gegenwärtig rund 11 000 — macht die Frage einer Aenderung des Systems der Generalversammlungen zur bringenden Notwendigkeit. Die räum-

liche Ausdehnung von Groß-Berlin macht es auch vielen Mitgliedern, die weit ab vom Tagungslokal der Generalversammlung wohnen, unmöglich, an dieser teilzunehmen. Es muß aus allen den angeführten Umständen angenommen werden, daß durch eine Aenderung der Organisation zu erreichen sind, und daß sich kein Kollege dieser Einsicht entziehen kann, der jahrelang Besucher der Generalversammlungen war. — In die Aushenkenkommission für das Maurergewerbe wurden die Kollegen Otto Mared, Wilhelm Korfing, Herrn. Gilschmidt und Götter Schwach als ordentliche und die Kollegen Emil Meyer, Karl Siegemann, Aug. Wittig, Alfred Wittig und Wilhelm Joch als stellvertretende Mitglieder gewählt. Als Schriftführer für den Gesamtzweigerins wurde der Kollege Albert Wulff gewählt. Den Kassenbericht vom zweiten Quartal erstattete der Kollege Wartenberg. In den Zahlungsstellen und Sectionen betrugen die Einnahmen inkl. der alten Bestände von M 145 653,61 M 156 482,55. Die Ausgaben beliefen sich auf M 10 620,89, so daß am Quartalschluß in diesen Kassen M 145 861,66 verblieben. Die Zweigereinskasse hatte mit dem alten Bestände von M 20 436,25 eine Einnahme von M 141 404,95. Die Ausgabe betrug M 92 846,20, mithin verbleibt ein Bestand von M 48 558,75. Insgesamt sind also M 194 420,41 an Orte vorhanden. Unter den Ausgaben befinden sich M 24 523,20, die an die Hauptkasse abgeführt wurden; an sonstigen Ausgaben sind noch zu verzeichnen: für Krankenunterstützung M 24 545, für Sterbenunterstützung M 3627,50, für Rechtschutz M 1688,26, für Inhaftiertenunterstützung M 1192,70, an Raigmagregeln M 13 306, für Baupfaffen und Maßregelungen M 1748,70, für Verbreitung des „Grundstein“ und Eingehung der Beiträge M 2740,70. Die übrige Summe verteilt sich auf: Druckkosten, Porto, Bureaukosten und. Die Bibliothekskasse hatte eine Einnahme von M 635,26 und eine Ausgabe von M 361,05 aufzuweisen, so daß noch ein Kassendefizit von M 274,21 vorhanden ist. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 10 682, davon gehörten der Gruppe der Maurer 7082, der Section der Kuber 1948 und der der Gips- und Zementbranche 1652 Kollegen an. Aufgenommen wurden im Laufe des Quartals 203 Kollegen; angemeldet haben sich 165, abgemeldet 386 und verstorben sind 32 Kollegen. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Nachdem nochmals darauf hingewiesen worden war, die noch etwa verbleibenden Extramittel bis spätestens September zu bezahlen und sich dadurch die alte Mitgliedschaft zu erhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bochum. Ueber die Bautätigkeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im allgemeinen ist vom Bauvorstand in Nr. 32 des „Grundstein“ berichtet worden. Ueber den Rückgang der Konjunktur im einzelnen geben die in der letzten Woche im Juli von den Zweigereinsvereinen aufgenommenen Statistiken am besten Auskunft. Allgemein ist auch hier seit dem zweiten Halbjahr des Jahres 1907 ein Nachlassen der Bautätigkeit zu bemerken. Aufeinander ist jedoch der Tiefstand bald wieder überwunden; wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist noch eine bessere Herbstkonjunktur zu erwarten. Im Stadtgebiet werden zur Zeit an öffentlichen Bauten zwei größere Schulen, eine katholische Kirche und der Knappschiffbau ausgeführt. Im Bezirk Ehrenfeld geht das neu errichtete Apollotheater seiner Vollendung entgegen. Die Bauten der Knappschiffbau und die Kirche, die gleichfalls in diesem Stadtteile stehen, beeinflussen hier wesentlich die Privatbautätigkeit. Gingen ist a. B. in der früheren Gemeinde-Gossfeld — seit einigen Jahren eingemeindet — bis heute nur ein einziger Bau entstanden. In Langenbrunn wird zur Zeit ein Krankenhaus und ein Gebäude der Reichsbank errichtet, ein neues Postgebäude ist geplant, das diesen Herbst noch in Angriff genommen werden soll. Durch Zusammenlegung der beiden Bahnhöfe zu einem Zentralbahnhof ist der Verkehr an einen bis jetzt weniger belebten Platz verschoben worden. Es steht hier zu erwarten, daß das in der Nähe liegende Gelände zu Baugründen erschlossen wird, um das Wohnungsbedürfnis der zahlreich nach hier vertriehen Beamten zu befriedigen. Der Bahnhof (Unterführungen, Güterfähren usw.) ist abgesehen vom Empfangsgebäude, fast ausschließlich aus Beton hergestellt worden. Für die Maurer ist dadurch eine nicht zu unterschätzende Konjunktur entstanden. An den Betonarbeiten wurden und werden noch nur nichtgelernte Arbeiter bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit beschäftigt. In der Mehrheit sind es Italiener und Polen, die hier von den Unternehmern in schamloser Weise ausbeutet werden. Diese Arbeiterkategorie der Organisation zuzuführen, ist leider bisher nicht gelungen. Die Bedürfnislosigkeit und die überlange Arbeitszeit bilden hierbei die größte Hindernis. Am Knappschiffbau in Bochum läßt die Betonfirma Brandt-Düsseldorf täglich 13 Stunden, von morgens 6 bis abends 9 Uhr, arbeiten. Die Behandlung, die diesen Arbeitern zu teil wird, steht wesentlich von der ab, die sich die Maurer durch die Organisation erkämpfen haben; als Arbeiter, tiefer, als Lastesel sind sie zu genug, Mehrernt für das Kapital zu erzeugen. Eine bessere Bezahlung und Behandlung werden sie nur bekommen, wenn sie sich unserer Organisation anschließen. In Gattingen soll der längst fällige Bau eines Rathauses, nachdem endlich die Platzfrage, nach zwei Jahren, durch das Eingreifen der Regierung zu Gunsten des Magistrats entschieden worden ist, in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Dem wird der Bau eines Amtsgerichts folgen. Die Privatbautätigkeit wird sich dann wieder von neuem beleben, um so mehr, als hier eine Wohnungsnot vorhanden ist, wie kaum in einer anderen Stadt des Industriegebietes. In den übrigen Orten des Zweigereinsgebietes ist die Konjunktur nur mäßig. Die Arbeitslosigkeit im Bauberufe hat hier je großen Umfang nicht angenommen; mit wenigen Unterbrechungen ist es den Kollegen immer wieder möglich gewesen, in kurzer Zeit andere Beschäftigung zu finden. Im Zugung stellte es allerdings bisher nicht. Das Ruhrgebiet, das sonst großen Scharen von Maurern aus allen Landesteilen Deutschlands Beschäftigung bot, vermag jetzt lange nicht alle aufzunehmen, die herkommen. Den Rückgang der Konjunktur veranschaulicht am besten die vor kurzem aufgenommene Statistik mit einem Vergleich der Zahlen der vorigen Jahre. Es wurden im Gebiete des Zweigereins Maurer beschäftigt bezw. gezählt: 1900: 1680, 1904: 1662, 1905: 1465, 1906: 1947, 1908: 1295. Die Zahl der im Jahre 1905 festgestellten Maurer kann nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil die Auf-

nahme wenige Wochen nach beendeter Aussperrung erfolgte und die durch letztere verursachte Störung im Baugewerbe nicht behoben war. Gegen das Jahr 1906 hat die diesjährige Feststellung ergeben, daß 602 Maurer weniger beschäftigt sind. Bei dieser Wirtschaftslage, die das Unternehmertum ebenso gut als die Arbeiter kannte, war es begreiflich, daß die Schachtmader den Zeitpunkt zum Kampf für günstig erachteten und am liebsten gehen hätten, wenn die Arbeiterorganisationen den bekannten Schiedsspruch abgelehnt hätten, um ihr Bestreben gegen die Arbeiterverbände in der Zeit der Krise aufnehmen zu können. Das Resultat jenes Schiedsspruches hat wohl seinen Kollegen befriedigt; aber die durch die jetzige Statistik festgestellten Zahlen bezeugen, daß im Interesse der Organisation nur so gehandelt werden konnte, wie geschehen ist. Wenn keine oder nur geringe Lohnerhöhungen für einzelne Orte die äußerliche Wirkung der diesjährigen Bewegung waren, so ist nicht zu bezweifeln, daß dadurch Lohnreduzierungen, wie sie bei früheren Depressionen an der Tagesordnung waren — siehe nachstehende Tabelle — jetzt verhindert worden sind. Die Durchschnittslöhne waren in einzelnen Orten und Jahren folgende:

	1900	1902	1904	1905	1908
Wochsumme	43	41	47,3	50,7	54,5
Tenden	43	40	43,7	47,1	54,1
Gattungen	43	38	42,7	47,0	54,1
Wattenfisch	42,5	40	44,2	50,8	51,8
Rangener-Platte	42,5	40	45,3	47,9	53,7
Gesamtwochensumme	—	—	—	50	54,0

Nach der Abrechnung des zweiten Quartals hatte der Zweigverein einen Markenumsatz an Wochenbeiträgen von 8752, gegen 13 238 in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Für die Hauptkasse wurden insgesamt vereinnahmt M 5498,40, davon wurden am Orte verausgabt: für den Streik der Ziffernleger M 1101,06, für Reinstellung M 1,50, für Neidstich M an zwei Mitglieder M 27,40, für Gemeindefestunterstützung an vier Kollegen M 66,40, für Krankenunterstützung an 10 Kollegen M 296,45, für Prozedur M 1166,10. Die Lokalfasse vereinnahmte infolge des Bestandes vom vorigen Quartal von M 4304,51 M 6454,61. Verausgabt wurden M 2098,38, so daß ein Kassendefizit von M 4356,28 verblieb. Die Mitgliederzahl ist gegen das gleiche Quartal des vorigen Jahres um 250 zurückgegangen, sie betrug 850. Der Zweigverein erzielte seine Geschäftsergebnisse in 26 Mitgliederversammlungen und 5 Vorstandssitzungen. Der Besuch der Versammlungen ließ sich viel zu wünschen übrig. Die Kritik, die das Wirtschaftslieben gegenwärtig befeuert, zeigt auch ihre Spuren innerhalb der Organisation. Die Kollegen, die nur des materiellen Vorteiles wegen dem Verbande beitreten, denen die Ueberzeugung des Klassenkampfes noch mangelt, sind die am faumlichsten ihre Beiträge entrichten und zum Teil bei irgend einer ihnen passenden Gelegenheit dem Verbande den Rücken kehren. Durch die Praktiken des Unternehmertums wird ihnen jedoch recht bald wieder Ha gemacht, daß sie einzeln ohnmächtig sind und die Organisation nicht entbehren können.

Breslau. Am 26. August tagte hier eine Mitglieder- versammlung. Zunächst erläuterte Kollege Krügel die augenblickliche schlechte finanzielle Lage der Bauarbeiter- schenkungskommission, weshalb der Vorstand vorschlug, die be- schlossene doppelte Rate für das dritte Quartal und in der Zukunft die von 20 auf 30 A erhöhten Beiträge zu zahlen. Die Anstellung des Genossen Rentwid als Bautenkontrollleur könne der Vorstand bei der augenblicklichen Krise im Bau- gewerbe nicht befürworten; denn wenn auch der Bau- arbeiterstand dem Kartell angehöre, so müßten wir trotzdem die Kosten dafür aufbringen, und diese würden um so höher sein, wenn wir schon angekündigt wurde, wir nach der Gefährdung eingestuft werden. Der Vorstand unterbreitete deshalb der Versammlung folgende Resolution: „Die Mitgliederversammlung erklärt, daß der Bauarbeiter- stand am Orte gepflegt und verbessert werden muß. Die Versammlung verweist nicht die Schwierigkeiten, die der Bauarbeiterstandkommission von den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung in den Weg gelegt werden. Die Versammlung beschließt deshalb, der Bauarbeiterstandkommission den doppelten Beitrag für das dritte Quartal zu bezahlen. Des weiteren nimmt die Versammlung Kenntnis von dem Antrage der Bauarbeiterstandkommission an das hiesige Ge- werkschaftskartell, der dahin geht, einen belohnten Bauten- kontrollleur anzustellen. Die Versammlung ist jedoch der Meinung, daß die finanzielle Lage und die Stimmung der Breslauer Gewerkschaften im Baugewerbe es nicht ratsam erscheinen lassen, einen belohnten Bautenkontrollleur anzu- stellen. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß die Arbeiten für den Bauarbeiterstand in Breslau noch weiter nebenamtlich erledigt werden können. Die Ver- sammlung beschließt deshalb und beauftragt die Orts- verwaltung, im Sinne dieser Resolution tätig zu sein.“ Weiter beschloß die Versammlung, daß die Resolution, die er nicht verlesen kann, wie dann der schriftliche Ver- weis zwischen Beschützern und anderen Körperschaften gepflegt werden soll, wenn nicht eine bestimmte Person mit der Arbeit beauftragt wird. Genosse Rentwid, der bisherige Vorsitzende der Bauarbeiterstandkommission, mußte von uns unterstützt werden, da er vom Unternehmertum gemäß- regelt wurde. Ob nun die Partei oder die Gewerkschaften ihn befähigten würde, sei gleich, aber richtig sei es nicht, wenn man ihn jetzt gehen ließe. Kollege Willich hat aus den Ausführungen des Referenten die Ueberzeugung ge- wonnen, daß es beim alten bleiben soll. Dem Zustand und dem erhöhten Beitrag könne er nur zustimmen; hoffent- lich werde auch wieder eine bessere Zeit kommen. Kollege Rother führte aus, daß, solange die Reichsregierung den Bauarbeiterstand nicht gesetzlich regelt, die Arbeiter ihn sichern und verbolksamen müssen. Es müsse aber auch gesagt werden, daß Rentwid für den Bauarbeiterstand er- halten werden müsse, da nur er im Stande wäre, den Kosten auszuweichen. Auch die Kosten würden keineswegs höher werden. Kollege Leitzke war der Meinung, daß eine Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 A nicht nötig ist, da die Modelle für 700 verkauft sind, obwohl manche Ge- werkschaftsvorstände schon den Vorschlag gemacht hatten, sie mit der Art zu zerlegen. Aber auch die 400 für Annoncen würden bezahlt werden. Das Kartell habe

Geld genug. Rother stellte den Antrag, daß, wenn das Kartell bereit ist, die Gasse zum Bauarbeiterstand zu zahlen, unsere Delegierten beauftragt werden, die Anstellung eines Bautenkontrollleures. Malinka trat nochmals für Anstellung Rentwids ein. Rother verabschiedete seinen Antrag dahin, daß, wenn das Kartell mehr als die Hälfte zählt der Anstellung zugestimmt wird. Der Antrag Rother wurde gegen sechs Stimmen angenommen. Die Geschäftsordnung des Vorstandes wurde fast debattelos angenommen. Kollege John betrachtet sie jedoch als ein Musterstück. Weiter beantragte der Vorstand, durchreisenden Kollegen, deren Wieder in Ordnung sind, ein Losgeld von 50 A zu gewähren. Nachdem mehrere Kollegen dazu gesprochen hatten, wurde beschloffen, dem Vorstehen hierin freie Hand zu lassen, doch soll das Geld bis zu A 1 gewährt werden können.

Danzig. Am 20. August tagte unsere Mitglieder- versammlung, in der Genosse Krügel über Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit referierte. Er führte uns die Entwicklung und die Ursachen der Krise vor Augen, indem er betonte, daß gerade die arbeitende Klasse am meisten von der Arbeitslosigkeit zu leiden habe. Daher sei es nötig, gewerkschaftlich und politisch schlagfertig aufzutreten, um jeden Angriff der Unternehmer abwehren zu können. Hierauf sprach Kollege Grünhagen über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Mit unseren bisherigen Stab- wählern habe sich mancher trübe Erfahrungen gemacht. Sämtliche Anträge, von der Arbeiterklasse gestellt, wurden stets rücksichtslos abgelehnt. So auch die Einführung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts. Um die Kosten, M 1500 bis M 2000, für diesen Wahlkampf zu decken, wurde folgende Resolution angenommen. „Die Mitgliederversammlung beschließt: In Anbetracht der Wichtigkeit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl zur Deckung der Kosten, die durch diese Wahlen entstehen, pro Mitglied einen Beitrag von 30 A zu zahlen.“ Zur Abrechnung vom zweiten Quartal erhielt der Kassierer, Kollege Drehs, das Wort. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 1322. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M 5140,24. Die Aus- gabe M 2853,48; mittig Kassendefizit M 2286,81. Hieron sind M 500 per Bank angelegt. Kollege Malinka als stellvertretender Referent befragte die Mitglieder der Kasse, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. An Stelle der zwei abgereichten Referenten wurden die Kollegen Treutis und Siegring gewählt. In „Verständnis“ wurde bekannt gemacht, daß von Oktober bis April zwei Unterrichts- kurse, einer über Sozialgesetzgebung und einer über Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung abgehalten werden. Die Angelegenheit Dultski-Müll wurde als erledigt betrachtet. Dann wurde der Kollege Dultski seines Amtes als Kartell- delegierter wegen einer großen Ausdrückung in Wust entbunden. Kollege Wam beantragte noch, einen Bericht über die Tätigkeit der Bauarbeiterstandkommission in der nächsten Versammlung zu geben, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen wurde.

Erfurt. Am 25. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Schenk referierte über das Thema: „Der Bauarbeiterstand und seine Notwendigkeit für die Arbeiter.“ Er wies in seinen Aus- führungen nach, daß in puncto Bauarbeiterstand noch manches zu wünschen übrig sei; trotzdem werde die Forderung der baugewerblichen Arbeiter, Anstellung von Bau- kontrollleuren aus Arbeiterkreisen, von dem Unternehmertum als das schärfste bekämpft. Die Anstellung eines ständigen Bautenkontrollleures durch den Magistrat für die Stadt Erfurt sei lebhaft zu begrüßen, und Pflicht der ge- samten Bauarbeiterchaft sei es, den Beamten in seiner schweren Arbeit um weiteften Wege zu unterstützen und ihn auf die Mängel, die etwa noch übersehen wurden, auf- merksam zu machen. Die Versammlung stimmte der Aus- führung des Referenten durch Annahme folgender Reso- lution zu: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Anstellung eines ständigen Kontrollleures für die Stadt Erfurt. Sie erklärt darin die Erfüllung einer von der ge- samten Bauarbeiterchaft schon lange gestellten Forderung. Um dem Beamten sein Amt nicht zu erschweren, bricht die Versammlung den Wunsch aus, daß die gesamte Bauarbei- terchaft verpflichtet ist, dessen Anforderungen als im Inter- esse von Leben und Gesundheit der baugewerblichen Ar- beiter erlassen zu betrachten und deshalb sein Wirken nach besten Kräften zu unterstützen. Soll die Verbesserung des Bauarbeiterstandes für Erfurt aber vollständig sein, dann betrachtet es die Versammlung für notwendig, daß dieser Kontrolle die Bauboden und Aborte auf dem Bauplatz noch schärfer als bisher unterworfen werden.“ Im weiteren Verlauf der Versammlung verlas der Vorredende, Kollege Schotte, die Antwort des Magistrats auf die Petition der baugewerblichen Arbeiter betreffs Einstellung von nur in- landischen Arbeitern an dem Neubau der Kaserne. Da diese Antwort den Kernpunkt der Petition aber vollständig über- sieht, so war die Versammlung damit nicht einverstanden und gab ihre Ansicht nach kurzer Debatte durch Annahme einer weiteren Resolution Ausdruck. Diese lautet: „Nach Kenntnisnahme der Antwort des Magistrats erklärt die Versammlung, sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben zu können, weil sie nicht mit den in der Petition geäußerten Wünschen der Arbeiter in Einklang zu bringen ist. Der Vorstand wird deshalb beauftragt, das dem Magistrat noch- mals zu unterbreiten und in seiner Schrift erneut darauf zu verweisen, daß der Zweck der Petition der ist, daß bei Ausführung von Arbeiten am Kasernenneubau in erster Linie Einheimische, d. h. in Erfurt und Umgegend wohn- enden Arbeiter eingestellt werden, und nicht, wie bei Be- ginn der Schachtmader, die ausführende Firma sofort mit Ausländern anrückt.“ Die Versammlung ersucht den Magistrat, in diesem Sinne eine zusageende Antwort zu geben.“ Nachdem noch die Teilnehmer für den in der Klage- haftfindenden Wilsburgsturm bestimmt und einige andere gewerkschaftliche Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Sagen i. B. In der Mittwoche, den 26. August, abge- haltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Rühl aus Dortmund über: „Der Abbruch der diesjährigen Lohn- bewegung.“ Er schilderte die Entstehung der Lohnbewegung und deren Begleiterscheinungen, zeigte an verschiedenen Beispielen auf Grund der Statistik im Gau Dortmund die

große herabgesetzene Arbeitslosigkeit und kam zum Schluß auf die schwierigen Verhandlungen zu sprechen. Trotz der ungünstigen Situation sei es gelungen, in einer Reihe von Orten eine Erhöhung des Lohnes bis zu 5 A pro Stunde zu erzielen. Kollege Rühl ermahnte die Kollegen, ihren zur Organisation zu halten, kräftig unter den noch lernfähigen Kollegen zu agitieren, damit diese der Organisation zuge- führt werden. Hierauf gab Kollege Dege das Ergebnis der jüngst aufgenommenen Statistik im Zweigverein be- kannt. Im ganzen Gebiet wurden gezählt 135 Unternehmer, 180 Arbeiter, 1699 Gefellen (darunter 345 Ausländer) und 60 Lehrlinge. Im Königliche Höhe, Gobeisberg, Müske, Saspe, Jerslow und Hohenlindburg wird teilweise 11 Stunden gearbeitet. Infolge der schlechten Wolltätigkeit in Hagen wurden in diesem Jahre 50 Arbeitsstellen mit 340 Gefellen weniger vorgefunden, als im Jahre 1907. Obgleich hier eine kolossale Wohnungsnot vorhanden ist, sind noch keine Anzeichen für eine besser werdende Konjunktur vorhanden. In Müske, Gobeisberg, Scherrie, Jerslow und Geyer ist die Bau- tätigkeit so lebhaft, wohingegen sie in Saspe, Hohenlindburg und Letmathe sowie in Hagen-Band schlecht ist. In Jers- low sind so träge Mühlwerke bezüglich des Bauarbeiter- standes vorgefunden worden, wie sie in keinem anderen Gebiet zu verzeichnen sind. Nachdem von der Verbands- leitung Anträge bei der Baupolizei erstattet worden war, hatte der Baupolizeikommissar, Herr Schröter, nichts Günstigeres zu tun, als unsere Schreiben die Unternehmer lesen zu lassen. Daraufhin wurde Kollege Ruge mit dem Vertreter der christlichen Organisation am 26. August bei der Baupolizei vorstellig und führte Beschwerde. Auch haben sie sofort noch eine Anzahl Beschwerden über Miß- stände vorgebracht. Eine recht eigenartige Meinung hatte der stellvertretende Beamte, als wir darauf hinwiesen, daß es doch nicht möglich sei, die Beschwerden des Unterneh- mers bekannt zu geben. Trotzdem daß auch in der Baupoli- zeiverordnung die Bestimmungen betreffs Arbeiterfürsorge auf Bauten enthalten sind, muß die Beobachtung gemacht werden, daß sehr selten kontrolliert wird. Wissen denn die baugewerblichen Organisationen fortwährend Vorparan- dien für die Baupolizei leisten? Auch den Beamten waren mehrere Mißstände bekannt, aber von ihnen wurde nicht ein- gegriffen. Es wurde auf Grund unserer Beschwerde ver- sprungen, daß eine umfassende Kontrolle von der Behörde vorgenommen werde.

Worms. Am 16. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die leider sehr schwach besucht war; denn es waren bloß 28 Kollegen von 32 erschienen. Der erste Vorredende rügte das schwach und betonte, daß es eine Untertätigkeit der Kollegen sei, wenn sie sich an einer so wichtigen Versammlung so wenig beteiligten. Ausdrücklich wurde die Wahl eines ersten Vorredenden vorgenommen. Hierauf referierte Kol- lege Krenert aus Straßburg über: „Wage und Ziele im Baugewerbe.“ Er vertrat es vortrefflich, in seinem Referat die Kollegen zu ermuntern und ihnen den klaren Sachverhalt vor Augen zu führen; er kritisierte das scharfe Vorgehen des Unternehmertums und legte den Kollegen uns Herz, treu und fest zusammenzufassen; wenn es gilt, einen Kampf zu bestehen; denn nur Einigkeit macht Kraft. Hierauf kam noch der Kassierer zum Sprechen, welcher das Bezahlen der Beiträge vorbrachte; er betonte, daß einige Kollegen darunter seien, welche ihren Pflichten nicht richtig nachkommen; er gebe aber besonders hervor, daß die Ita- liener in puncto Bezahlen, die sich schämen; denn die meisten von ihnen finden es überhaupt nicht für notwendig, auch nur einen Pfennig zu zahlen; man kam dann nach darauf zu sprechen, wie dem Uebel abzuhelfen wäre. Weil man aber in dieser Sache zu keinem richtigen Entschluß kam und mit Gewalt auch nichts ausrichte, so muß man eben noch einige Zeit zusehen; vielleicht finden sich Mittel und Wege, um dieser Sache vorzubeugen; denn gefallen lassen können wir deutschen Kollegen uns das nicht. Hier- auf wurde die Versammlung geschlossen.

Sebnitz. Am 12. August waren wir aus folgenden Gründen genötigt, eine Sperrung zu verhängen: Der Bau- unternehmer Eduard Wads, Mitinhaber des Baugeschäfts Dietrich & Wads, beabsichtigte, die Baugewerkschaft des Zinnergebändes in Afford ausfinden zu lassen. Er gab dies den Reuten bekannt, setzte den Preis selbstständig auf 15 A für den Quadratmeter Wandputz und 30 A für Deckenputz (Kloßdecken, der Putz ist mit zweierlei Kalk auszuführen). Wenn man bedenkt, daß früher bei einem Stundenlohn von 15 bis 20 A für die Quadratmeter 22 bis 32 A gezahlt wur- den, muß man staunen, wie es die Unternehmer fertig bringen, einen solchen Satz zu bieten. Da bei uns durch Zweigvereinsbeschlüsse die Affordarbeit verboten ist, so be- wegrten die Kollegen den Afford. Die Folge war, daß der Unternehmer vier Mann entließ. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch und das Baugeschäft war somit gesperrt. Am selben Tage fand noch eine Sitzung der Schlichtungskommission im Kontor der Firma Wads & Dietrich statt. Hier konnte keine Einigung erzielt werden. Am darauffolgenden Tage hatte der Arbeitgeberverband für Sebnitz eine Sitzung. Nach dieser Sitzung ging uns folgen- des Schreiben zu:

Als Antwort auf die Rücksprache vom 12. August mit Herrn Friedrich und Grünhagen im Kontor der Firma Dietrich & Wads teilen wir Ihnen folgendes mit: Da wir nach dem Affordparagrafen Nr. 5 keinen Arbeiter- nehmer zwingen können, Affordarbeit auszuführen, wollen wir von allem für diesmal Abstand nehmen. Die vier Reute, welche selbst Feuerabend gemacht haben, können für diesmal wieder eingestellt werden und aufpassen. Wir wollen auch für diesmal von der Bedingung absehen, daß die übernommenen Affordarbeit fertiggestellt werden muß, unter der Bedingung, daß der aufgesetzte Vertrag in allen seinen Teilen anerkannt und unterschrieben wird. Die Unterzeichnung des Vertrages muß bis zum 26. August 1908 stattgefunden haben. Die Zimmerer und Bauarbeiter haben dem Vertrage bereits zugestimmt. Weiter müssen die in Afford getretenen Reute morgen, Freitag, früh die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Für den Arbeitgeberverband im Auftragsbezirk Sebnitz:

Kurt Kühn.
Auf Grund dieses Schreibens wurde auf Anraten des Kollegen Friedrich unter Ablehnung der Bedingung, daß der Vertrag in allen seinen Teilen anerkannt und unter-

schrieben werden müsse, die Arbeit am 14. August wieder aufgenommen. Dieser Erfolg ist nur der Einmütigkeit der betreffenden Kollegen zuzuschreiben. Auf Grund des Schreibens machte sich eine Mitgliederversammlung notwendig, die nochmals Stellung zum Tarif nehmen mußte. Diese fand am 21. August statt. Der Gewerkschafts-Komitee, erläuterte nochmals eingehend die strittigen Punkte des Vertrages, nachdem er die Gründe der heutigen Stellungnahme der Versammlung klargestellt hatte. Die strittigen Punkte sind der Affordparagraf, nach dem bestimmten Muster zugeschnitten, nur noch etwas schärfer, und die Agitationsklausel, die unter Umständen sämtliche Agitation auf den Bauten lähmen kann. Der Kollege Friedrich trat nachdrücklich für die Annahme ein. Der Tarif wurde denn auch mit geringer Majorität, obwohl die meisten Mitglieder scharf dagegen auftraten, angenommen. Der Grund, daß die Zimmerer und Bauarbeiter den Tarif bereits angenommen hatten, mag dazu beigetragen haben. Diese haben ja auch weniger zu befürchten, da bei ihnen nicht in Afford gearbeitet wird. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Es stimmten für die Annahme 37, dagegen 32, 1 Stimmentzettel war unbeschieden. Der Tarif wäre wohl kaum in dieser Fassung angenommen worden, wenn die Versammlung besser besetzt gewesen wäre. Nun, die Kollegen haben es sich selber zuzuschreiben, wenn es nicht nach ihren Wünschen geht, an der Bestätigung der Annahme hat es nicht gefehlt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde die in nächster Zeit stattfindende Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse bekannt gegeben. Es wurde allseitig die Wichtigkeit der Beteiligung anerkannt. Zu Kandidaten wurden 25 Kollegen vorgeschlagen, die sich auch anzunehmen bereit erklärten. Als Delegierter zum Gewerkschaftsartell wurde Otto Zinsmeister gewählt.

Stargard i. P. Eine sehr nette Baufirma ist die hiesige Firma W. Rüd. Es wurden von ihr in diesem Sommer zwei ansehnliche Bauten ausgeführt, wobei natürlich das Hauptprinzip war, sie so schnell wie möglich hochzubringen, alle Regeln der Baukunst aber unberücksichtigt zu lassen. So wurden hier zwischen einem Giebel und dem Balken des anderen Hauses nur Schutt von ungelerten Arbeitern hingetragen, ohne welches Bindungsmittel dazwischen. Der Raum zwischen Giebel und Balken wurde von Steinbrocken vollgetragen und dann weiter drauf gemauert. (Das Haus besteht aus Parterre und drei Etagen.) Ein Maurer, der sich weigerte, auf diese Schicht die Mauerwerk weiter zu mauern, wurde von dieser Arbeit weggeworfen und zu einer anderen Arbeit geschickt. Ein noch größerer Verstoß gegen die Regeln der Baukunst ist wohl darin zu erblicken, daß Balken auf einen Nachbargiebel gelegt wurden, so daß sie mit ihren Enden und der inneren Fläche des Schornsteins bündig waren. Trotz Anlege bei der Wappelgasse wurde hiergegen viel wie gar nichts getan. In der dritten Etage, wo die Gefahr für die daran arbeitenden Menschen immer größer wurde, sah der schneidende Sohn des Unternehmers, daß er bis dahin noch keinen einzigen Arbeiter gemauert hatte. Nun wurden so schnell wie möglich die Unter von innen heraus durch die Mauer gesteckt und die Spalte von oben mit einem Bindfaden in die Höhe eingelassen. (Eine schärfste Veranlassung!) Die Bekämpfung derartiger Mißstände durch die im Verband organisierten Maurer würde wohl von größerem Erfolg begleitet sein, wenn nicht ein Teil der noch im Kadetten organisierten Kollegen sich dabei fortwährend als Genossen erwies. So war es auch bei der diesjährigen Kolonnenbewegung. Bei dieser Gelegenheit hielten die Kadettenvereine auch mit den Meistern zusammen in eine Reihe.

Werdau. In dem Bericht über die Versammlung vom 18. August (Nr. 35 des „Bst.“) ist die Rede davon, daß der Kollege J. Jettel, Vertrauensmann in Werdau, in Werdau in Afford gearbeitet habe. Dies trifft aber durchaus nicht zu. Der Kollege Jettel ist zur Unternehmung und Regelung einer Weidwerbe über Werdauer Kollegen in Werdau gewesen und hat bei dieser Gelegenheit einen Fall richtig gestellt, wo ihm zur Last gelegt wurde, auch er habe früher einmal in Afford gearbeitet. Die aus dem Werdauer Bericht zu entnehmende Schlussfolgerung, Jettel habe jetzt oder früher in Werdau in Afford gearbeitet, ist also völlig irrig, was hiermit konstatiert sei.

Widau. Am 23. August hielt der hiesige Zweigverein seine Versammlung ab. Neben Bekanntgabe einer Lohnstatistik lag ein Antrag der Werdauer Kollegen vor, sechs Kollegen, die in Werdau bezogen, in Afford mauern, auszuscheiden. Kollege Seibel aus Werdau begründete den Antrag und wies auf die schmerzlichen Folgen hin, die für Werdau eintreten könnten. Kollege Wegner verurteilte das Verhalten der sechs Werdauer Kollegen aufs schärfste und betonte, daß es für Widau eine Schande sei, einen derartigen Punkt auf der Tagesordnung zu haben. Seit Verlassen des Verbandes seien die Schäden des Affords behandelt und bekämpft worden. Von einem Ausschluss der betreffenden Kollegen müsse man jedoch Abstand nehmen, da von der Spitze an bis in die Mitte hinein ausgeschlossen werden müßte. Wenn die Kollegen der Meinung seien, der Vertrag gebe ihnen ein Recht zur Affordarbeit, so wäre diese Ansicht eine Folge der Kräfte, moralisch seien die Werdauer Maurer verpflichtet, jede Affordarbeit zu vermeiden. Scharf ging auch Kollege Feine gegen die Affordmänner vor und mißbilligte das ansehnliche gleichgültige Verhalten gegenüber dem drohenden Ausfluß. Scharf beurteilte er, daß die Führer der Organisation mit derartigen Beispielen vorantreiben. Eine Resolution wurde angenommen, die besagt, daß der Antrag der Werdauer Kollegen abgelehnt wird, die Maurer aber verpflichtet sind, nur unter außergewöhnlichen Umständen und mit Genehmigung des Vorstandes Affordarbeiten auszuführen. Weiter wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, jeden ersten Mittwoch im Monat unsere Versammlung abzuhalten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Fliesenleger.

Berlin. Mittwoch, den 19. August tagte hier eine Versammlung der Sektion der Fliesenleger. Kollege Walldheim gab den Bericht der Schlichtungskommission, die sich mit dem Feierabendmaden am Sonnabend, dem 14. August und der Laufzeit der Arbeiter beschäftigt. Es ist zu keiner Einigung gekommen, und sollte deswegen

eine andere Sitzung innerhalb vier Wochen stattfinden. Die Zeit ist aber schon vorbei, und noch keine Nachricht eingegangen, wann die zweite Sitzung abgehalten werden soll. Die Verschleppungstatistik der Unternehmers, scheint wieder geistig zu werden. Die Angelegenheit scheint abendnachts beschäftigt die Schlichtungskommission schon seit März d. J. und vor fünf Wochen hat die erste Sitzung stattgefunden, da die Unternehmer wegen Mangel an Zeit, niemals zu einer Sitzung abzuhalten. Streitigkeiten mit den Unternehmern sind sofort im Bureau zu melden und sollen durch Angestellte des Verbandes geschlichtet werden. Walldheim gab bekannt, daß sich die arbeitslosen Kollegen bei Ost in Schöneberg, Mainzerstraße, Telefon Amt 6, Nr. 7049, zu melden haben, wo ihnen Arbeit nachgewiesen wird. Auf Kontrolle der einzelnen Geschäfte arbeiten 409 Fliesenleger in Berlin. Lohn wird von 80 $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{2}$ 1 pro Stunde bezahlt. Organisiert sind in der „Freien Vereinigung“ 200, in der Sektion 188, grüßlich 26; die übrigen sind „wild“. Die Statistik kann aber nicht als genau betrachtet werden, da uns über die Geschäfte, die nur „Wild“ beschäftigen, jede Kontrolle fehlt. Auf ein Rundschreiben, das an 28 Sektionen gelangt und in dem die Kollegen aufgefordert wurden, Stellung zu unseren Anträgen zum Verbandstag zu nehmen und die Stärke der Organisation anzugeben, hat die Mehrheit geantwortet, daß sie für die Berliner Anträge seien. In der Organisationsfrage wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Fliesenleger im Verband organisiert ist. Die „Freie Vereinigung“ wurde überall zurückgegriffen, aber die „Christlichen“ fangen an, sich breit zu machen. Unter „Verständigen“ gab Walldheim bekannt, daß auf der Pumpstation in der Greifswalderstraße unorganisierte Fliesenleger aus Münster unter dem Tarif gearbeitet haben. Nach Rücksprache mit ihnen haben sie sich alle in den Verband aufnehmen lassen und dann die Forderung auf tariflichen Lohn gestellt. Als er ihnen verweigert wurde, haben sie die Arbeit niedergelegt und sind abgezogen. Es wurden noch einige Fälle angeführt, wo auf dem Bau in Afford gearbeitet, einigen Kollegen aber nur der Lohn gezahlt wird. Dies wurde von der Versammlung getilgt und ein Antrag angenommen, der besagt, daß auf einem Bau nur im Lohn oder nur in Afford gearbeitet werden darf.

Isolierer und Steinhölzleger.

Berlin. Infolge am 19. August abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß unser langjähriger Mitglied, der Isolierer Quappe, am 6. August nach längerem Krankenlager verstorben ist. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Aufgenommen resp. wieder aufgenommen wurden die Isolierer Wenzel und Otto Voigt, während ein Aufnahmeantrag des Isolierers Wilhelm Stiegel behufs weiterer Information über dessen Verhalten, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt wurde. Ferner erfolgte die Aufnahme von drei Hilfsarbeitern. Ein schon zweimal abgelehnter Aufnahmeantrag des Isolierers (?) Emil Feigler war in dieser Versammlung zum dritten Male gestellt, und jetzt dem Vorstand zur Regelung überlassen. Deswegen erwähnen wir es noch, daß ein früheres Mitglied unserer Organisation, der Isolierer W. Wenzel, gegenwärtig bei der Eisfabrik-Badischer Wolfabrik beschäftigt, die Hilfsarbeiter zu überreden versucht, sich nicht der Organisation anzuschließen, gewiß ein nachkommenswerter Beispiel! Es folgt hierauf die Erklärung des Vorstandes und der Geschäftsleitung. In den Vorstand werden gewählt: Kollege A. Sime als zweiter Vorsitzender und B. Wemuth als zweiter Kassierer. Als Mitglieder der Geschäftsleitung wurden die Kollegen Petersen, Stroblin, Feine, Feine und A. Wehn gewählt. Hierauf erstattete der Geschäftsleiter den Bericht über den Stand des Streiks bei der Firma Haasle & Co. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß eine Verringerung in dem Verhalten der Firma bisher noch nicht eingetreten ist, und wir noch mit einer längeren Dauer des Streiks zu rechnen haben, wenn nicht besondere Umstände die Firma zum Nachgeben zwingen. Die Streikenden sind entschlossen, bis zum Weiterhinaus auszuhalten. Die Kontrolle der Wähler über die Solidaritätsbeiträge von der vorjährigen Bauarbeiterausperrung wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Entgegengenommen wurde noch die Abrechnung vom Stiftungsfest am 18. Juli. Dem Komitee wurde die Anerkennung der Versammlung für schnelles Arbeiten ausgesprochen.

Zur Nichtigstellung!

In der Nummer 30 des „Grundstein“ vom 25. Juli befindet sich ein Versammlungsbericht aus Chemnitz. Darin wird ausgeführt, der Kollege Gönemann habe als Gauleiter die dortigen Kollegen vor dem Anschluss an den Zentralverband der Maurer gewarnt. In einem längeren Schreiben an die Geschäftsleitung befreit der Kollege Gönemann, weder für noch gegen den Anschluss gesprochen zu haben, sondern er habe zu diesem Punkt überhaupt nicht das Wort genommen.

Die Angaben des Kollegen Gönemann werden auch in einer Zuschrift des Vorsitzenden aus Chemnitz bestätigt. Wie nun dieser Irrtum entstehen konnte, ist bisher noch nicht aufgeklärt, da aus dem uns zugehenden Bericht kein anderer Schluss gezogen werden konnte, als daß Gönemann in diesem Sinne gesprochen habe.

Da aber auch absolut kein Grund vorliegt, die Angaben des Kollegen Gönemann wie aus anderer Teilnehmer der Versammlung in Zweifel zu ziehen, so kann hier nur ein Fehler in der Berichterstattung vorliegen. Wir eruchen die Kollegen überall, von dieser Nichtigstellung Kenntnis zu nehmen.

Die Geschäftsleitung. G. Lange.

Lehrlingswesen.

K. H. Die Jugendorganisation des Lithographenverbandes. Von den Vertretern der zwei Richtungen — selbständige oder angelegierte Jugendorganisationen — ist des öfteren als Beweis der Nichtigkeit der Meinungen auf die bestehende Jugendabteilung des Verbandes der

Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe hingewiesen worden. Da bis jetzt über diese Jugendabteilung verhältnismäßig wenig bekannt ist, so erscheint es wohl angebracht, darüber das Wichtigste der Allgemeinheit zu unterbreiten. Mit dem Plan der Organisation der Lehrlinge trug sich der Verband schon lange. Durch die in engem Zusammenhang mit den Unternehmern stehende gelbe Gewerkschaft, die plötzlich unter sturpellosem Zwang mit der Stabilisierung einer Lehrlingsabteilung an die Öffentlichkeit trat, wurde der Gedanke schneller zur Reife gebracht, als erst beabsichtigt war. Die Maßnahmen des „Schulverbandes deutscher Steinbruder-Lehrlinge“, dessen allgemeine Statistik durch den sehr bekannten Namen seines Leiters, des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Hugo Berschel, wohl hinreichend charakterisiert ist, bestanden darin, daß die Lehrlinge in den Schulverbandesfirmen — gezielungen wurden, der Lehrlingsabteilung des gelben Verbandes beizutreten. Die wichtigsten Beiträge, die auch zum Bezug einer Krankenunterstützung berechneten, zahlte der Chef.

Als Antwort darauf erfolgte im Februar d. J. die Gründung der Lehrlingsabteilung des Verbandes der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe.

Im § 1 des Statuts ist der allgemeine und spezielle Zweck derselben niedergelegt. Er lautet:

- Die Lehrlingsabteilung bezweckt:
- a) allen Lehrlingen während ihrer Lehrzeit in der geistigen und körperlichen Ausbildung behilflich zu sein durch sachliche Auszubildung, wissensmäßige Belehrung in Wort und Schrift und Pflege der Geselligkeit;
 - b) die Lehrlinge bei eintretender Krankheit mit einem Krankengeld zu unterstützen, sowie den Eltern resp. Angehörigen beim eventuellen Ableben des Lehrlings eine Beihilfe zu den Begräbniskosten zu gewähren;
 - c) Arbeitslosen- und Reiseunterstützung sofort nach beendigter Lehrzeit zu gewähren.

Bei den Berufen, die der Verband umfaßt, wird mit weniger Ausnahmen eine vierjährige Lehrzeit verlangt. Deswegen erfordert eine gute sachliche Ausbildung die ganze Aufmerksamkeit der Gehilfenchaft. Die sachgemäße Lösung soll durch die Organisation erfolgen. Der allgemeinen geistigen Ausbildung dienen Vorträge, Kurse, Besuche, gute Literatur, zudem noch eine vorläufig vierteljährlich erscheinende Zeitung, die „Graphische Jugend“. Den besonderen Fortschritt dient eine regelmäßig erscheinende Besage, die dem Verbandsorgan schon lange beigegeben war. Die körperliche und geistliche Ausbildung erfolgt durch musikalische, Spiele und Vortragsabende unter Leitung einer dazu besonders bestimmten Lehrlingskommission. In dieser haben Gehilfen verständlich die Lehrlinge auch ihre Vertreter. Der darüber bestimmende Rat des Statuts lautet:

§ 15. Die Leitung der Lehrlingsabteilung liegt in den Händen der Ortsverbände. Durch diese wird eine Kommission von Gehilfen und Lehrlingen eingesetzt. Der Vorsitzende dieser Kommission muß ein Gehilfe und Mitglied des Ortsverbandes sein.

Somit ist auch den Lehrlingen ihr Mitbestimmungsrecht gesichert. Dem Punkte b) wird dadurch Genüge geleistet, daß der Lehrling im Falle seiner Erkrankung nach 13 geleisteten Wochenbeiträgen $\frac{1}{2}$ 40 $\frac{1}{2}$ auf die Dauer von 18 Wochen, und nach 26 Beiträgen für 26 Wochen ein wöchentliches Krankengeld von $\frac{1}{2}$ 45 erhält. Die Sterbeunterstützung beträgt $\frac{1}{2}$ 25 und 50.

Der Punkt c) wird erfüllt dadurch, daß der Lehrling nach 13wöchiger Mitgliedschaft in der Lehrlingsabteilung beim Uebertritt in den Verband Reiseunterstützung und Arbeitslosenunterstützung erhalten kann. Die Altersgrenze ist mit der Beendigung der Lehrzeit gegeben, zu der der Austritt oder der Uebertritt in den Verband erfolgen muß. Zum Schluss muß noch gesagt werden, daß von den in Deutschland in Frage kommenden Verufen ca. 4500 Lehrlinge vorhanden sind; davon sind bis jetzt ungefähr 3000, also 66% pzt., Mitglieder der Lehrlingsabteilung. Damit ist wohl bewiesen, daß auch auf diesem Wege die Jugend unser werden kann, und das ist die Hauptfrage.

Zu diesen Darlegungen eines Beteiligten können wir nur sagen, daß uns eine solche Organisation zu einem mächtiger erscheint, als die sogenannten „selbständigen“ Jugendorganisationen. Für den Nachwuchs des Handwerks kann nur eine berufliche Organisation etwas Ersprießliches leisten, weshalb wir auch die Pflege der technischen Bildung für eins der hauptsächlichsten Tätigkeitsgebiete der Jugendorganisationen halten. Damit soll die sozialpolitische Auffassung keineswegs beiseite gelassen werden, aber als alleinigen Unterichtsgegenstand können wir ihn nicht akzeptieren. Aufgabe der Jugendorganisation ist nicht die Heranbildung einzelner besonders begabter Leute, die müssen sich, solange für sie nicht allgemeine Bildungsstätten vorhanden sind, durcharbeiten, wie wir es getan haben; die Jugendorganisation hat ihre Mitglieder für den Kampf ums Dasein zu stärken und ihnen den Weg zur Organisation zu weisen. Es ist nicht bloß lächerlich, sondern geradezu ein Frevel, wenn man den jungen Leuten von 15 Jahren Vorlesungen über den historischen Materialismus oder über die Marxsche Werttheorie hält. Selbst wenn sie diese Probleme verstanden, könnten sie sie nicht gebrauchen, weil ihnen die Lebenserfahrung dazu fehlt. Deswegen sollte man es auch unterlassen und sich auf das beschränken, was zunächst not tut und zu erreichen ist.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 23. bis 29. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Rixdorf $\frac{1}{2}$ 1000, Rösen 500, Gumburg 500, Spanbau 400, Halle a. d. S. 200, Hülse-Wiebelbach 200, Weidenste 200, Gernsdorf 175, Wiesbaden 100, Felsenberg 100, Bergedorf 100, Rummund 80. Summa $\frac{1}{2}$ 8555.

Bauhüfe erblieben: Stuttgart M. 400, Rudolstadt 200, Ebersfeld 100, Neu-Banglow 100, GutsMuths 100, Straßburg i. E. 100, Oppau i. d. Pfalz 50. Summa M. 1050.
Altona, den 29. August 1908.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschlag, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlaßt mir, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Neustadt a. d. S. Montag, den 24. August, verunglückte am Neubau der Plattenfabrik Seidesheimer der Kollege Philipp Sors, der mit Einpfählen beschäftigt war; er trat auf ein Schalbreit, das nicht genagelt war, stürzte 6 m tief ab und erlitt sehr schwere Verletzungen, Bruch der Wirbelsäule und innere Verletzungen. Schutzhelm war nicht vorhanden; dies wurde erst hergestellt, als das Unglück geschehen war. Die Bementarbeiten werden von der Firma Sperr aus Mannheim ausgeführt. Der Bementarbeiter Sors, der früher auch Mitglied war, macht jetzt die Arbeit in Alford; da wird geschuftet von früh 5 bis abends 9 Uhr. Die Kollegen, die dort arbeiten, haben selbst mit Schuld an diesem Unglück, denn bei 14 Stunden Arbeitszeit ist es nicht möglich, über Arbeiterschlagbestimmungen nachzudenken.

*** Baueinsturz in Vottrop in Westfalen.** Ein schweres Baueinsturz ereignete sich am 21. August kurz nach 7 Uhr abends in Vottrop. Der an der Eisenstraße liegende, in Eisenbeton ausgeführte Neubau des Brennereibesizers Joh. Brinmann, der nahezu im Hofraum dastand, stürzte plötzlich in sich zusammen. Nur ein Teil der Brandmauer und des Treppenhanges blieb stehen. Von den acht am Bau beschäftigten Arbeitern, die die Auskragung der fertigen Betondecken besorgten, wurden vier unter den Trümmern begraben. Zwei erlitten schwere Verletzungen, einem davon mußte sofort ein Bein amputiert werden. Ein Arbeiter kam mit leichten Verletzungen davon. Die Vottroper Feuerwehre, die zu den Rettungsarbeiten ebenfalls herbeieilte, hat hier durch ihr Gebahren zur Genüge bewiesen, daß sie bei solchen Aktionen nicht im Stande ist, mit einiger Umsicht und Energie helfend mitzuwirken. Vergleut und Mauer, die sich zur Mittelfürs anboten, wurden dagegen zurückgewiesen. Ueber die Ursachen des Baueinsturzes läßt sich ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. Hier haben verschiedene Umstände zum Einsturz mit beigetragen. Nach den Aussagen der dort beschäftigten Arbeiter ist auch hier wieder die Sucht nach Erhöhung des Profites eine mitwirkende Ursache gewesen. Daß das Unglück nicht einen größeren Umfang annahm, ist nur dem Glücksumstand zuzuschreiben, daß die Mauer, die die Ramme und den Giebel aus dem Dachstuhl herausmauerten, kurz vorher fertiggestellt gemacht hatten, während die Verunglückten Ueberführungen machten, um die Betondecken auszuheben. Das Unglück soll nach Aussage eines Beteiligten dadurch geschehen sein, daß bei der Auskragung der letzten Decke und des mittleren Tragepfählers der letztere einen Knick bekam, so daß er die gewaltige Eigenlast der Betondecke nicht mehr tragen konnte und, alles nach innen mit sich reisend, in die Tiefe ging. Die Auskragung der Decken hätte noch nicht vorgenommen werden dürfen, da sie erst 2½ Wochen standen. Der Bementarbeiter der ausführenden Firma Büscher aus Münster hat aber Anweisung erhalten, daß bis zum anderen Tage alles Holz verladen sein müsse, da es anderweitig gebraucht würde. Diese Anordnung hat jedenfalls das Verhängnis herbeigeführt. Trotz der Warnung des Maurerpoliers wurde die Auskragung vorgenommen. Dabei wurde die Entfernung der Stützen mit solcher Gewalt und Unvorsichtigkeit ausgeführt, daß schon einmal am Nachmittag von den Mauern eine Erdrückung des Gebäudes wahrgenommen wurde, bis dann am Abend das Unglück hereinbrach. Der vorher Holz auftragene Bau gleicht jetzt einer Ruine. Der noch stehende Giebel zeigt verschiedene Risse und hat Neigung zum Einsturz, so daß die Aufbaumarbeiten mit großer Vorsicht betreiben zu müssen. Es wird verschiedentlich behauptet, daß die schlechte Beschaffenheit des Baumaterials zu dem Einsturz mit beigetragen habe. Es liegt uns nun frey, für den Maurermeister Rathage eine ganze zu schreiben, sondern betonen, daß die Mauerwerke, bezw. der verbleibende Mauer, in Bezug auf seine Verfestigung alles zu wünschen übrig läßt. Es ist hier als Mauerwerk der Baumgrund, ein etwas lehmhaltiger feiner Sand, verwendet worden. Da dieser nicht sehr genug ist, so ist an den abgefügten Mauersteinen keine Spur Mörtel haften geblieben. Trotzdem ist aber die aufgestellte Vermutung nach unserer Meinung falsch, da die tragenden Teile sämtlich in Eisenbeton ausgeführt waren.

Die Oberleitung des Baues lag in den Händen des Regierungsbauamteisters Garbi aus Münster. Es scheint hier zu Lande zur Untz zu werden, daß Staats- und Kommunalbeamte im Bedenken die Ueberwachung und Leitung von privaten Bauausführungen übernehmen. Die Folge davon ist, daß die eine oder die andere Verpflichtung vernachlässigt werden muß und die Ueberwachung über die richtige technische und fachgemäße Ausführung der Bauarbeiten nicht in der Weise geschehen kann, wie es notwendig ist. Hier ist es Aufgabe des Staates und der Gemeinden, ihren Angestellten im öffentlichen Interesse solche Nebenarbeiten zu unterlagen.

Dieser Vorfall zeigt wieder zur Evidenz, daß der Erlaß von Vorschriften über die Ausführung von Eisenbetonbauten dringend notwendig ist. Bei der jetzt schon großen Ausdehnung und der noch viel größeren Entwicklungsfähigkeit des Betonbaues ist eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie, wie überhaupt des ganzen Bauwesens, fast nicht mehr hinauszuverschieben. Das Unglück gibt aber ebenfalls wieder der Forderung der organisierten Arbeiterschaft recht: „Aufstellung von Bautionskontrollen aus Arbeiterkreisen“. Bei einer sachgemäßen und scharfen Kontrolle wäre das Unglück vermieden worden. Besonders

im Betonbau ist eine Ueberwachung außerordentlich notwendig, da in diesem Fach meistens ungelernete Arbeiter beschäftigt werden, die über Fachkenntnisse nicht verfügen und blindlings den ihnen gegebenen Anweisungen Folge leisten.

Wir hatten schon einmal Gelegenheit, an dieser Stelle auf die Zustände im Baugewerbe in Vottrop hinzuweisen. Eine Besserung ist bisher noch nicht eingetreten. Wir hoffen aber, daß dieses Ereignis dazu beiträgt, die Gemeinde zu veranlassen, auf diesem Gebiete mehr zu arbeiten als bisher getan wurde.

*** Affordarbeit und Bautionkontrollen.** Der Baueinsturz in Charlottenburg hat uns unerwartet Bundesgenossen gebracht. Ein bürgerliches Blatt schreibt:

„Mag sonst die Affordarbeit nützlich oder auch notwendig sein, im Baugewerbe und besonders im Maurergewerbe ist sie von allergrößtem Schaden, nicht nur weil infolge der harten Arbeit die Unfallgefahr gesteigert wird, noch viel mehr, weil die Bauausführung durch die Affordarbeit eine durch und durch unsolide wird. Ein Fachmann, ja selbst jemand, der nur oberflächliche Kenntnisse vom Baueigenen hat, wird sofort erkennen, ob eine Mauer von Affordarbeitern oder von solchen, die in Zeitlohn arbeiten, ausgeführt wurde.“

Ein Bauherr, der ein Haus selbst längere Zeit besitzen will, wird den Bau kaum durch Affordarbeiter ausführen lassen; durch dieselben werden meist solche Häuser hergestellt, die von Baupflichtanten errichtet, gleich nach Fertigstellung weiterverkauft werden sollen. Weisens glück das Manöver auch, und der neue Besitzer hat dann ein Haus, an dem schon in den nächsten Jahren infolge der unsoliden Bauart die kostspieligsten Reparaturen vorzunehmen sind. Ebenso wird bei solchen Spekulationsbauten fast immer das schlechteste zur Verfügung stehende Material benötigt; die Bausteine haben nur eine geringe Tragfähigkeit und Festigkeit, der Mörtel ist so minderwertig, wie er überhaupt noch betrennbar ist, und das Holz zu den Lizen zeigt bald Risse und Springe. Nun muß der Besitzer das Haus, mit dem er so „hineingelegt“ worden ist, wieder zu veräußern suchen, und dadurch entsteht alles das Unsolide, was dem Hausbesitz und dem Häuserhandel in den Großstädten zum Teil eigen ist. Die bisherige Kontrolle auf den Bauten muß als zu geringfügig angesehen werden; diese Kontrolle beschränkt sich bisher in der Hauptsache darauf, daß der Bau so hergestellt wird, wie er nach der Zeichnung beschaffen sein muß; irgend eine kleine Abweichung in den Mäßen und gegenüber der gezeichneten Vorlage wird gewiß beanstandet, dagegen kommt eine Prüfung des Baumaterials kaum in Betracht, und auch der Schutzhelmschriften wird nicht die genügende Aufmerksamkeit zugewendet. Hier muß unter allen Umständen eine Veränderung eintreten; besonders hätte sich die behördliche Kontrolle jenseitig während des Baues auf die Qualität des Baumaterials zu erstrecken.“

Das sind sehr verständliche und ehrliche Worte, so daß man sich nur wundern muß, sie in einem bürgerlichen Blatt zu finden, um so mehr, da sie in der Schärmecke „Rost“ stehen. Daß aber sogar solche Kreise anfangen, die Schäden des heutigen Bauwesens, und besonders der Affordarbeit, einzusehen, das ist für deren Verteidiger und Lobredner ein schlimmes Zeichen.

*** Frauennarbeit auf Bauten.** Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen bei Bauten ordnete das bayerische Staatsministerium des Innern an, daß Arbeiterinnen mit Tragen von schweren Lasten, wie Mörtel, Zement, Steine usw., und überhaupt auf Baugerüsten nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung tritt im Frühjahr 1909 in Kraft. Wenn sich nun das sächsische Ministerium ebenfalls dazu entschließt, dann wäre die Frauennarbeit so ziemlich vom Bau verschwunden. Man sollte allerdings soweit gehen, die Frauennarbeit am Bau schlechthin zu verbieten. Immerhin ist es ein Fortschritt, daß man sie zunächst von den Gerüsten verbannt.

*** Ueber den Baueinsturz in Berlin macht der „Deutsche Oekonomist“ beachtliche Mitteilungen.** So ist es z. B. einem einzigen Bauunternehmer gelungen, für nicht weniger als elf Grundstücke von derselben Stelle Baueinstürze zu erhalten, die in die Millionen gehen. Der Bauunternehmer selbst hatte dabei nicht die geringsten eigenen Mittel, um auch nur für einen einzigen Bau die über die Verleihungsgrenze hinaus erforderlichen Baugelder vorstrecken zu können. Aber die Kreditinstitute gaben immer neues Geld für neue Bauten, so daß der Unternehmer zunächst solvent blieb, aber allmählich in eine ganz unangenehme finanzielle Position geraten mußte, so sehr auch die Baubankwörter bei der Forderung von Arbeiten gedrückt wurden. Zum Schluß erfolgte dann schließlich doch der Zusammenbruch und der Bauunternehmer geht jetzt mit elf Grundstücken in die Zwangsversteigerung.

Nach schlußdigem Urteil sollen fast sämtliche in den letzten Jahren im Berliner Westen errichteten großen Häuser minderwertig und unsolide hergestellt sein. Diese neuen Häuser — von außen und innen pompöse aussehend — werden schon nach wenigen Jahren so viele kostspielige Reparaturen erfordern, daß Besitzer, die nicht sehr kapitalträchtig sind, daran zu Grunde gehen. Selbst die Gläubiger der ersten Hypotheken laufen bei diesen Berliner Schwindelbauten Gefahr, mit der Zeit Verluste zu erleiden.

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß eine bessere Baupolizei dem Baueinsturz feuert, daß die Gesetzgebung ihm energisch zu Leibe geht. Nicht um der Kapitalisten willen, sondern zu Gunsten der ehrlichen Arbeit und des Ansehens des Baugewerbes.

Aus anderen Berufen.

*** Bodenlose Leistungszeitigkeit.** Unter diesem Titel schreibt der „Zentralbeiter“:

„In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 4. Berliner Reichstagswahlkreis, die am 18. August d. Z. bei Keller in der Kopenstraße in Berlin stattfand, hat gelegentlich einer Debatte über die Kaiserzeit der sozialdemokratischen Landtagsabgeordnete für den 12. Berliner Landtagswahlkreis, der Genosse Adolf

Soffmann, so ehrerbietende Angriffe gegen die Gewerkschaftsbeamten im allgemeinen gerichtet, daß wir, die wir gewiß nicht als sonderlich empfindlich gelten und stets dem Grundgedanken zustimmen, gegenüber so manchen Angriffen auf die Gewerkschaften ein Auge auszurücken, um nur möglichst jeden Streit zu vermeiden, in diesem Falle unmöglich schweigen können. In jener Versammlung hat Genosse Soffmann zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaftsbeamten diejenigen seien, welche in der Kaiserzeit am meisten benutzten. Dies sei erklärllich, denn sie seien zu besorgt um die aufgeschwemmten Millionen und haben offenbar Angst, wenn durch die Kaiserzeit die Massen gebrannt werden, sie keinen Gehalt mehr beziehen können.“

Es ist nicht das erste Mal, daß man den Genossen, welche die außerordentlich verantwortungsvolle Aufgabe haben, in den schweren Kämpfen, welche die Arbeiterschaft gegenwärtig Mann für Mann gegen das organisierte Kapital auszufechten hat, die Leitung übernehmen zu müssen — eine Aufgabe, die jedenfalls in vielen Fällen weit verantwortungsvoller ist, als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter zu sein —, solche an die niedrigsten Instanzen appellierenden Wortwörter waren, in geistreuer Pflichterfüllung als Gewerkschaftsleiter bei manchen Gelegenheiten, und so auch bei der Kaiserzeit, in ruhiger Würdigung der vorhandenen Kräfte die Grenze des Möglichen zogen, um die Arbeiter vor nutzlosen, aber schweren wirtschaftlichen Nachteilen zu bewahren. Solche an die niedrigsten Instanzen appellierenden Wortwörter waren bisher schon sehr bitter, aber da sie meist Personen auszuweisen waren, welche die Tragweite ihrer Worte, infolge ihrer Unkenntnis der Dinge, nicht erkennen konnten, so mußte eben diese Ungründlichkeit, wie so manches andere, mit diesen milderen Umständen hinabgewürgt werden.

In dem vorliegenden Falle aber sollen diese milderen Umstände weg. Denn der Genosse, Adolf Soffmann, würde sich gewiß mit Händen und Füßen dagegen wehren, wenn man etwa sagen wollte, er sei sich infolge seiner Unkenntnis der Dinge der Tragweite seiner Worte nicht bewußt gewesen. Und wenn demnach dieser Widerspruch in Wegfall kommt, so bleibt nichts übrig wie eine bodenlose Leichtfertigkeit, gegen die wir aus das allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Der Genosse Adolf Soffmann hat auch nicht einen Schein von Recht, die Tausende von Parteigenossen, die in der Gewerkschaftsbewegung und nicht minder in der Parteibewegung ihren Mann stellen, in einer Verarmung, wo Tausende von Personen anwesend sind, solch niedriger Gefinnung zu zeichnen.

Wir haben bis jetzt jederzeit das ehrliche Bestreben gezeigt, auch in der Kaiserzeit das Mögliche zu tun, um ihr ihren demokratischen Charakter zu erhalten. Wenn das nicht in dem von uns gewöhnlichen Umfang möglich war, so lag das nicht daran, weil wir aus Angst um unser Gehalt, etwa drehen, sondern es lag an den realen Machtverhältnissen, welche in den letzten 15 Jahren durch die Zuspitzung des Klassenkampfes, vorübergehend wenigstens, eine Verschiebung erfahren haben, welche die Aktionen der Arbeiter schwieriger und bedeutend opferreicher gestaltete. Das sollte aber ein Mann wie der Genosse Soffmann, der sich rühmte, in Paris dabei gewesen zu sein, als man den Kaiserreich beschloß, sagen, wissen. Er sollte es wissen, da er eine leitende Stellung in der Arbeiterbewegung einnimmt und die Pflicht übernommen hat, die Massen über die sie hindernisse der proletarischen Bewegung aufzuklären, anstatt sie durch grundlose Beschuldigungen der Gewerkschaftsführer über solche Hindernisse hinwegzuführen. Von einem Manne in der Stellung des Genossen Adolf Soffmann kann man wohl erwarten, daß er nicht durch solche leichtfertige Anschuldigungen die Schwervierigkeiten vermehren hilft, welche die Arbeiterbewegung am Vorwärtskommen hindern. Deshalb hängen wir seine Anschuldigungen hermit niedriger.“

Wir können die aufgeregte Sprache des Zentralarbeiter befehlen, denn der Vorwurf, die Gewerkschaftsleiter seien darum keine Freunde der Arbeiter, um 1. Mal, weil sie für ihren Gehalt fürchten, ist parlamentarisch überhaupt nicht zu legitimieren; aber da der Vorwurf aus dem Munde des Genossen Adolf Soffmann kommt, so hätte man ruhig darüber hinweggehen können.

*** Das Verzeichnis der Tarifanerkennungen im Buchdruckgewerbe zeigt wiederum ein erfreuliches Wachstum des Geltungsbereiches des Tarifs.** Vom 1. Mai 1907 bis 30. April 1908 wurden 324 Firmen mit 1347 Geschäften wegen Erlassens der Firma und 41 Firmen mit 202 Geschäften wegen Tarifbruchs getrennt. Dagegen wurden 898 Firmen mit 5355 Geschäften neu aufgenommen, so daß sich ein Zuwachs von 357 Firmen und 2658 Geschäften ergibt. Ueber die Fortschritte, die die Tarifgemeinschaft seit 1897 gemacht hat, unterrichtet folgende Tabelle:

1897...	1681	tarifir. Firmen u.	18340	Gesh. an	469	Orien
1898...	2030	"	22468	"	647	"
1899...	2704	"	27449	"	880	"
1900...	3115	"	30630	"	1002	"
1901...	3372	"	34307	"	1030	"
1902...	3464	"	36527	"	1043	"
1903...	4250	"	39464	"	1315	"
1904...	4559	"	41483	"	1382	"
1905...	5134	"	45868	"	1552	"
1906...	5583	"	49497	"	1659	"
1907...	6254	"	54553	"	1803	"
1908...	6611	"	57211	"	1942	"

*** Die Tarifverträge in Österreich.** Unter diesem Titel gibt die österreichische Gewerkschaftskommission eine von Dr. Julius Deutsch verfasste Schrift heraus, in der ein Ueberblick über die Entwicklung der Kollektivvereinbarungen in der österreichischen Industrie gegeben wird. Bis zum Jahre 1904 waren nach Dr. Deutsch, dem bei seinen Untersuchungen das ganze einschlägige Material der Gewerkschaften zur Verfügung gestanden hat, nur erst geringe Anlässe von Tarifverträgen vorhanden, insgesamt nur 87 mit 24 656 Arbeitern. Die folgenden Jahre zeigen ein rasches Aufsteigen:

Öftmals bemerkt einleitend: „Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, daß sich unter den Arbeiterkellern überhaupt nicht alle Männer befinden, die unbeschäftigt in Arbeits- und Erwerbslosigkeit geraten sind und die nur schwer wieder eine neue Arbeitsstelle bekommen können. Oft ist das Sandmeer oder die Indusriefe, in denen sie beschäftigt waren, im Niedergang begriffen. Oft sind sie nicht mehr bereit leistungsfähig oder gehören dem großen Heere der Geschlechter und Geborenen an. Für alle diese gab es bis zu dem heutigen Tage keine Abhilfe. Und das ist ein sehr bedauerliches Sachverhalt, der nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Nation bedauert.“

zettel und bekamen höchstens hier und da kleine Orts- oder Innungsgehalte.

Die eigentlichen Arbeiter, die Gräber solcher Anstalten werden aber anderer Meinung sein. Für sie sind nicht die sozialen Ursachen maßgebend, sondern der „Gang zur Faulheit“, der energielos blickt und nicht mehr. Diese „wohl-tätigen“ Herren werden auch lieber nachschende Ausführungen oftmals nicht unterbreiten.

Viele der heutigen Wanderer sind nun allerdings Mitglieder der Gewerkschaften und beziehen eine ganz ansehnliche Unterstützung. Sie gehören zur Aristokratie der Landstrasse.

Wer die Gewerkschaften als „Hegvereine“, wer hinter jedem Streit die „Hydra der Revolution“ wittert und nach der Polizei so schreit, kann unmöglich die Gewerkschaftsmitglieder als die „Aristokratie der Landstrasse“ ansehen. Und doch sind sie es! Stolz geht ein Gewerkschaftsmitglied an diesen Mädelein vorbei, er hat sich auf Grund seiner Mitgliedschaft zur Gewerkschaft Rechte erworben, erhält Reisenerstützung, die ihn vor Not und Elend bewahrt und preist auf diese öffentliche „Wildblütigkeit“. Er wird deshalb auch mit Interesse die nachstehenden Ausführungen oftmals über das System dieser Wanderarbeitsstätten lesen:

„Eine besonders große Masse von Wanderarbeitern aber hat gar keine festen Bezüge. Für sie soll nun durch das neue preussische Wanderarbeitsstättengesetz gesorgt werden. Nach allerlei Versuchen wurden in Entfernung von Tagesmärschen Versperrungsstationen angelegt, in denen die Wanderer Nachlager und auch etwas Essen erhielten. Weil diese Einrichtung aber nur von einzelnen Kreisen erhalten wurde, ging sie fast ganz ein. Nur in einzelnen Gegenden erhielt sich ein System, das aus den Versperrungsstationen hervorging und sich schließlich zu den Wanderarbeitsstätten herausbildete. Am meisten entwickelte es sich in Westfalen. Im Anfang an die vielen Wobischwäppling-Anstalten hat man dort ein System eingeführt, das für die neuen Wanderarbeitsstätten Vorbild sein sollte. Eine Reihe von kleineren Stationen ist über das Land zerstreut. Wer nun beim Wandern mittellos wird, kann zur nächsten Wanderarbeitsstätte gehen und erhält dort für eine mehrblühende Arbeitsleistung Nachlager und Essen. Und zwar soll die Versperrung wesentlich ausgiebiger sein als in den früheren Stationen, wo die Wanderer oft nur Abendbrot oder Morgenbrot bekamen und manchmal in irgendeiner Ställe schlafen mußten. Auch sollen größere Straßen, in denen keine Arbeitsgelegenheiten vorhanden sind, und wo die Wanderer keine Aussicht haben, irgendeine Stellung zu bekommen, mit der Eisenbahn befahren werden.“

Man will auch jetzt größere solcher Arbeitsstätten errichten, in denen die Wanderer auch „mehrere Tage auf ein Arbeitsangebot warten können“. In Götting und Bielefeld habe man damit begonnen. Es werden wohl nicht die besten Unternehmer sein, die, zumal in niedergebender Konjunktur, ihre Arbeitskräfte aus diesen Wanderarbeitsstätten beziehen. Viele dieser armen Wanderer werden deshalb lange auf Arbeit warten müssen. Oftmals bemerkt hierzu zum Schluß:

„Dort zerstreuen die Wanderer Holz, fahren es aus und haben ein geräumiges Familienzimmer und gute Schlafstellen. Sie sind jedenfalls vor den schlimmsten Unbilden der Witterung und den grausamen Zufällen der Bettelerei geschützt — und fallen nicht mehr wegen Arbeits-scheu dem Korrekthaus anheim. Allerdings ist es immerhin hart, daß der Wanderer, dessen Mittel gerade erschöpft sind, weil er keine ihm passende Arbeit gefunden hat, mit Polizeigewalt in eine solche Wanderarbeitsstätte gebracht werden kann, während sein Kollege, der noch einige Groschen hat oder einer Gewerkschaft angehört, frei davon wandern darf.“

Ja, man hat ja das preussische Wanderarbeitsstätten-gesetz so gelobt und die Lobredner finden es ganz in Ordnung, wenn die Vermissten mit Polizeigewalt in diese Wanderarbeitsstätten gebracht werden. Das „traute Heim“, in das sie von Gensdarmen transportiert werden! Stolz zieht da das Gewerkschaftsmitglied von dannen. Es kann „frei davon wandern“, an der „Arbeitsstätte“ vorbei, weil es ja noch „einige Groschen“ in der Tasche hat, sich auf die Güte seiner Organisation verlassen darf.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 48. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Die Budgetabstimmung in Baden. Von Gustav Lehmann (Mannheim). — Das Proletariat und die russische Revolution. Von R. Trotsky. — Der Parteikonferenz und die Präsidienwahl in den Vereinigten Staaten. Von Albert von Lee. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Subskriptionsstellen zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?“ Ein praktischer Ratgeber von Eduard Graf, Arbeitersekretär in Frankfurt a. M. Verlag von Derno Schmidt, Frankfurt a. M., Schmalzstraße 38. Preis 10 A, bei Abnahme von 100 oder mehr 8 A das Stück.

„Marx als Denker“ von Dr. Max Adler-Wien. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Aus dem Inhalt erwähnen wir folgende Kapitelüberschriften: Der Wahrheitsgehalt der Hegelschen Philosophie. — Marx und Hegel. — Die soziale Eigentumsverteilung. — Wissenschaftlicher und utopischer Sozialismus. — Die materialistische Geschichtsauffassung und ökonomische Kritik. — Wissenschaft und Politik. In einem Anfang beschäftigt sich der Verfasser mit dem Thema: Marx und die Dialektik. Preis M. 1,20. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

„Garantien der Harmonie und Freiheit“ von Wilhelm Weilling. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Wehring. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68.

„In wenigen Monaten vollendet sich ein Jahrhundert seit der Geburt Wilhelm Weillings, der dem ersten Jahrzehnt der deutschen Arbeiterbewegung das geistige Gepräge gegeben hat.“ Mit diesen Worten führt der Herausgeber die bedeutende Arbeit Wilhelm Weillings ein. Es ist eine sozialistische Utopie, wie viele andere vordem bereits erschienen waren. Trotzdem erregte sie bei ihrem Erscheinen einen mächtigen Eindruck. Weilling war der erste, der sich an die Arbeiter wandte. Er warf die Schranken nieder, die seine Vorgänger von der Arbeiterklasse trennten. Preis des gut ausgestatteten Werkes broschiert M. 2,50, gebunden M. 3. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

„Dom „Wahren Jacob“ ist die 18. Nummer des 26. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Fall Schilling“ und „Die Finanzwirtschaft im Reich“. Der textliche Teil der Nummer bringt außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das satirische Feuilleton „Familienrat der von Ehrenberg“ und die Novelle „Der Hühnerhals“ von Edmund Fischer. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

„Süddeutscher Postillon“ Nr. 18 bringt zur Centenariofeier der Einführung der Steinischen Städteordnung die Ent-scheidung des Hünner Bürgermeisters, ein farbiges Vollbild: Straßengasse Wanne, ein Bild Diablos: Versicherung a. G. und — durchgehender Schlußbild: „Die gute alte Zeit da unten.“ — Aktuell ist auch der Text dieser Nummer, die in jedem Orte Deutschlands für 10 A zu haben ist.

Briefkasten.

Walsrode. Wir können nicht mehr feststellen, ob es wirklich so in der Anzeige stand, jedenfalls haben wir es nicht geschildert. Um jedoch den Kollegen so weit gerecht zu werden, wie wir können, sei hier bemerkt, daß der Zweigverein Walsrode am 23. August sein 15-jähriges Stiftungsfest feierte.

Elgershausen, J. R. Die Sterbefälle im Krankenhaus St. Georg zu Hamburg werden in die Register des Standesamts 1 eingetragen. Die Ausstellung einer Sterbeurkunde über einen solchen Fall belohnt also auch nur dieses Standesamt. Als Adresse genügt: Standesamt 1 in Hamburg.

Salle a. d. S. Zu zahlen sind 16 Zeilen à 15 A = M. 2,40 und 5 Zeilen à 30 A = M. 1,50, zusammen M. 3,90.

Biere. Dazu ist der Art berechtigt.

Waltray, A. M. Da der Bericht weder Namen noch Stempel des Zweigvereins aufweist, beides aber unerlässlich ist, so müssen wir die Aufnahme ablehnen.

Bernau, Deutsch Rastelwitz. Die Versammlungen haben heute am 23. August stattgefunden und die Berichte darüber erreichen uns glücklich am 1. September, eine halbe Stunde vor Redaktionsschluss!

Arnswalde. Den Bericht über die am 2. August abgehaltene Versammlung, des uns „Jhon“ am 1. September bei Schluß der Redaktion zugeht, können wir, weil veraltet, nicht mehr aufnehmen. — Schadenersatz kann nicht beantragt werden, da der Schaden durch die Einwirkung einer höheren Gewalt, Mischschlag, entstanden ist.

Neufalz. Dieser Abzug ist nicht gestattet.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileute 10 A.)

Altenhof-Soeden. Am 26. August starb unser Kollege Oskar Huy nach längerem Leiden im Alter von 38 Jahren.

Alpoda. Am 26. August verstarb unser treuer Kollege Max Blumenstock im Alter von 27 Jahren an chronischer Nierenentzündung.

Berlin. (Sektion der Gips- und Zementbranchen). Am 21. August starb plötzlich unser Kollege Hermann Opitz im Alter von 36 Jahren an Gasvergiftung.

Erfurt. Am 25. August starb unser Kollege Friedrich Peix im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung.

Gameln. Am 20. August starb unser Kollege Wilh. Niemeyer im Alter von 28 Jahren an Bauchfell- und Hirnhäutenentzündung.

Karlshagen. Göttingen. Am 25. August starb unser treuer Verbandskollege Emil Ehrismann im Alter von 30 Jahren infolge eines Unfalls bei einem Giebelsturz.

Konst. Schlöcher. Am 17. August starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege Franz Boettcher im 57. Lebensjahre an Magenatrophie.

Mannheim. Bismarck. Am 13. August starb unser treuer Kollege Johannes Eppel IV im Alter von 29 Jahren an Darmblutungen.

Rastenburg. Am 24. August starb nach langem Leiden unser langjähriger Mitglied August Günther im Alter von 68 Jahren an Krebsleiden.

Strasbourg i. G. Am 24. August starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege Alois Risch aus Bismarck an der Lungenerkrankung.

Strasbourg i. Weiler. Am 22. August starb unser Verbandskollege Felix Kudajewsky im Alter von 32 Jahren an Tuberkulose. Er war drei Jahre Vorsitzender unseres Zweigvereins.

Witten. Am 17. August starb unser ältester Kollege Paul Urban aus Groß-Wesfa im Alter von 72 Jahren an Herzschlagverfallung.

Chre ihrem Andenken!

Die Zweigvereine der 181. Wahlabteilung, die einen mündlichen Bericht vom Verbandstage wünschten, haben sich an die Leitung des Zweigvereins Reichshaus zu wenden. Die Kosten der Verfertigung trägt der betreffende Zweigverein. Die Adresse des jetzigen Vorsitzenden lautet:

Michel Westenhuber, [M. 2,10]
Bad-Weichenbach, Angelt 4, 1. Etage.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.
Zählstelle Luckenwalde.

Der Kassierer Hermann Schwein wohnt vom 1. September an Auguststraße 19. [M. 1,50]

Beleidigungszurücknahme.

(In Erfüllung eines geschlossenen Vergleichs.)

Ich nehme hiermit die beleidigenden Äußerungen, die ich gegen den Vorsitzenden, Kollegen Theodor Riehl in Kattowitz, getan habe; bereuend zurück und warne vor Weiterbreitung.
Robert Nossol, Maurer, Kattowitz. [M. 2,40]

Ad. Beermann (Verb.-Nr. 454 290), geboren in Soltau b. Garmeln, wird gesucht. Kollegen, die dessen Aufenthalt kennen, werden ersucht, es dem Unterschriften mitzuteilen. H. de Bour, Zweigvereinsvorsitzender in Garmeln, Sandstr. 6. [M. 1,50]

Ignatz Grunisch, geboren in Ungarn, wird gesucht, seine Adresse dem Unterschriften anzugeben. Kollegen, denen der Aufenthalt Grunischs bekannt ist, bitte ich um sofortige Benachrichtigung. H. Engler, Regensburg, Silberne Fildgasse 77, 1. Et. [M. 1,50]

Frankfurt a. d. Oder.

Sonnabend, den 19. September:

Siebzehntes Stiftungsfest

bestehend in
Konzert, Vorträgen, Ball und anderen Beistellungen
im „Eldorado“.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
[M. 3,60] Der Vorstand.

Gotha.

Sonnabend, den 12. September, abends 8 Uhr:

Elftes Stiftungsfest

in den Räumen des Volkshauses „Zum Mohren“
bestehend in Konzert, Theater und Ball
Die Kollegen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 3,30] Der Vorstand.

Werdau i. S.

Sonntag, den 13. September 1908, nachm. 4 Uhr:

Elftes Stiftungsfest

im Restaurant „Bergkeller“.
Die Kollegen mit ihren Frauen sind hierzu freundlichst eingeladen.
[M. 3] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 6. September.

Arnswalde. Im Vereinslokal.
Belzig. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.
Dreitz. Nachm. 2 Uhr bei Döbber.
Frankenhausen a. Kyff. Nachm. 3/4 Uhr im „Barbarossagarten“.
Grasse. Nachm. 3 Uhr im Franziskaner Hof.
Gross-Rhuden. Nachm. 3 Uhr. T.-D.: Besprechung über das Gewerkschaftsfest.
Salwedel. Nachm. 4 Uhr im Hofe des Herrn Heint. Köster, „Waldhof zur deutschen Eiche“, Mittelfr. 12. Wichtige Tagesordnung!
Seesen. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.
Zerbst. Nachm. 3/4 Uhr im Evangelischen Hofe.

Dienstag, den 8. September.

Liegnitz. Abends 7 Uhr. T.-D.: Bericht vom außerordentlichen Verbandstage zu Hannover.
Schmölln. Abends 6 Uhr im „Völkchen“. Wichtige Tagesordnung!
Sommerfeld. Abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung!

Donnerstag, den 10. September.

Danzig. Abends 7 Uhr im „Bürgergarten“ in Schiffsb. T.-D.: Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, Verchiedenes.
Glogau. Referent anwesend.

Sonntag, den 13. September.

Bamberg. Veranlagt 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. T.-D.: Bericht vom Verbandstage sowie über die Tagungsverordnungen. Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.
Coblenz. Nachm. 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. T.-D.: Verfertigung von Verbandstagen zu Hannover, Verchiedenes. Mitgliedsbeiträge sind mitzubringen.

Cöln. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Volkshaus. T.-D.: Bericht vom letzten Verbandstage, Stellungnahme zu dem Verhältnisse einiger Kollegen beim Kaiserentgehrfest, Verchiedenes.

Gräfenhal. Nachm. 3/4 Uhr bei Hähneln. Referent anwesend.

Langelshelm. T.-D.: Das Karneval betreffend.
Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann. T.-D.: Bericht vom Verbandstage, Verrechnung vom zweiten Quartal, Verchiedenes.
Würzburg. Remonteur. Vorm. 10 Uhr im „Hofen“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.